

„Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“

Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen
Parteien in Parlamenten und Kommunen

Aktualisierte Neuauflage, April 2019

Inhalt

04 I. Herausforderungen durch Rechtspopulismus und Neue Rechte

09 II. „Darf ich da überhaupt was sagen?!“

13 III. Argumentieren gegen Rechtspopulismus

18 IV. Umgang mit Rechtspopulismus im Parlament

22 V. Umgang mit Rechtspopulismus in der Kommune

24 VI. Selbstvergewisserung und klare Grenzen

25 VII. Zum Weiterlesen

28 VIII. Die Mobilen Beratungsteams in den einzelnen Bundesländern

37 IX. Impressum

I. Herausforderungen durch Rechtspopulismus und Neue Rechte

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern konnte sich in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit keine Partei rechts des konservativen Spektrums dauerhaft und überregional etablieren. Dies ist überraschend, da unterschiedliche Einstellungsstudien¹ immer wieder zeigten, dass rund ein Viertel der deutschen Bevölkerung rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen befürwortet.² Seit dem Jahr 2014 zeigt sich eine neue Entwicklung: Die rechtspopulistische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist in allen Landesparlamenten, im Europaparlament, in zahlreichen kommunalen Gremien und seit der Wahl am 24. September 2017 auch im Deutschen Bundestag vertreten. Bei den Landtagswahlen 2016 wurde sie unter dem Eindruck des verstärkten Zuzuges geflüchteter Menschen nach Deutschland mit 24,3% in Sachsen-Anhalt

und mit 20,8% in Mecklenburg-Vorpommern sogar jeweils zweitstärkste Kraft. Wenngleich sich die Wahlerfolge bei den verschiedenen Landtagswahlen in Westdeutschland nicht in gleicher Höhe wiederholten und die Zustimmungswerte bei etwas mehr als 10% liegen, bleibt die Partei eine etablierte Kraft im bundesdeutschen Parteienspektrum – zumal sie bei den anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen voraussichtlich mindestens zweitstärkste Kraft werden und sicherlich wieder in die Landtage einziehen wird. Es ist daher wichtig, ihre ideologischen Hintergründe und Strategien zu kennen, um sich damit effektiv und im Sinne eines an den Menschenrechten orientierten Demokratieverständnisses auseinandersetzen zu können – sowohl in Parlamenten als auch im öffentlichen Raum und dabei besonders auf kommunaler Ebene.

1. Vgl. u.a. die Langzeituntersuchungen des Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung, insbesondere die Reihe „Deutsche Zustände“ (2001–2011) und die sog. „Mitte-Studien“: Oliver Decker/Johannes Decker/Elmar Brähler: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Leipzig: 2016.
2. Auch die hohe Zustimmung zu Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ von 2010, seine Lesereise und die sich anschließende Debatte haben zur Normalisierung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Gesellschaft massiv beigetragen.
3. Vgl. Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: 2016. Vgl. auch das Interview mit dem Politologen Tim Spier: „Potential für rechtspopulistische Parteien.“ In der Mediathek der Bundeszentrale für politische Bildung (BPB), unter: <http://www.bpb.de/mediathek/182449/potential-fuer-rechtspopulistische-parteien> (Zugriff am 27.04.2017).
4. Siehe die Rechtspopulismus-Definition der BPB unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=51> (Zugriff am 27.04.2017).

Rechtspopulismus

Rechtspopulismus ist eine Form von Politik, die verbreitete autoritäre Vorstellungen sowie (kulturell-) rassistische Stereotype nutzt und verstärkt und die auf vier Grundprinzipien beruht:

1. Konstruktion einer WIR-Identität (der „kleine Mann“ oder „das Volk“) auf Grundlage (kulturell-) rassistischer Vorurteile,
2. aggressive Abgrenzung gegenüber oben („das Establishment“, „die da oben“) und außen („die Muslime“, „die Fremden“),
3. Autoritarismus und der positive Bezug auf Führungsfiguren sowie
4. Bewegungspolitik, die Parteien und repräsentative Demokratie lediglich als ein Mittel zur Durchsetzung eigener Machtansprüche versteht.³

Feindbilder von Rechtspopulist_innen sind Regierungen, Konzerne, demokratische Parteien oder Lobbyverbände (Aggression nach oben) sowie soziale, ethnische oder religiöse Minderheiten wie Angehörige muslimischer und jüdischer Gemeinschaften, Asylsuchende und Migrant_innen, LGB-

Die AfD als parlamentarischer Arm einer neuen Bewegung von rechts

Die vorliegende Handreichung wird sich bei der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Parteien auf die AfD konzentrieren, da die Partei zuvor – zumindest regional – aktive und teils in kleinem Rahmen erfolgreiche Parteien wie etwa Pro NRW/Pro Deutschland, Die Freiheit oder auch Die Republikaner verdrängt oder obsolet gemacht hat. Dabei nutzen zentrale Protagonist_innen der AfD den Rechtspopulismus (siehe Kasten unten) als politische Strategie und weisen inhaltlich-programmatisch große Überschneidungen mit der hier genutzten Definition von „Rechtsextremismus“ (siehe Kasten Seite 7) nach Hans-Gerd Jaschke auf.⁵

So hat sich die AfD im Laufe ihres Bestehens immer mehr zum parlamentarischen Arm einer neuen rechten Bewegung entwickelt⁶ – allen Beteuerungen ihrer Gründer_innen um Bernd Lucke oder ihrer späteren Führung um Frauke Petry zum Trotz. Dieser Neuen Rechten (siehe Kasten Seite 6) besonders nahe stand die zwischenzeitlich aufgelöste „Patriotische Plattform“, die 2014 am Sitz des „Instituts für Staatspolitik“⁷ (IfS) gegründet wurde. Aktuell hat die parteiin-

terne Gruppierung „Der Flügel“ um die ostdeutschen AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke (Thüringen) und Andreas Kalbitz (Brandenburg) großen Einfluss und sorgt für Streit um die Deutungsmacht in der Partei. Die von 3.500 Personen aus dem AfD-Spektrum unterzeichnete „Erfurter Resolution“⁸ als „Gründungsurkunde“ des Flügels sowie die „Fünf Grundsätze für Deutschland“⁹ können als programmatische Grundlagen einer völkisch-nationalistischen Ausrichtung der AfD angesehen werden, die Einfluss auf die gesamte Partei haben¹⁰. Vor dem Hintergrund der Einordnung des Flügels durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als „Verdachtsfall“ wird in der Partei über den Flügel und seine Akteure gestritten. Allerdings nahm Jörg Meuthen Björn Höcke zuletzt in Schutz, bescheinigte ihm, „in Thüringen wirklich gute Arbeit“ zu verrichten – seine Kandidatur als Spitzenkandidat im Landtagswahlkampf sei „folgerichtig und klug“ und er habe seine „volle Unterstützung“¹¹.

Die außerparlamentarische Bewegung von rechts, auf die sich die genannten Parteistrateg_innen der AfD stützen, begann in den Jahren 2012 und 2013 mit von rechtsextremen Parteien wie der NPD oder „Der III. Weg“ organisier-

TIQ*, etc. (Aggression nach außen). Soziale Missstände und Kriminalität erklären Rechtspopulist_innen durch (kulturell-) rassistische Stereotype.

Umgangssprachlich wird der Begriff Rechtspopulismus oft für gemäßigte oder modernisierte Formen des Rechtsextremismus gebraucht. Tatsächlich gibt es auf der Grundlage der hier genutzten Rechtsextremismus-Definition⁴ deutliche Schnittmengen. In der vorliegenden Handreichung soll Rechtspopulismus vor allem eine politische Strategie unterschiedlicher Akteur_innen (auch) in der AfD beschreiben. Sie zeichnet sich durch inszenierte Tabubrüche, das Einfordern radikaler Problemlösungen und den Hang zu Verschwörungstheorien aus.

Um sich vom gesellschaftlich geächteten Rechtsextremismus abzugrenzen, betonen Rechtspopulist_innen ihre Verfassungstreue. Jedoch stellen sie in ihrer Agitation Grundwerte wie Menschenwürde, Gleichheit, Minderheitenschutz, Diskriminierungsverbot usw. in Frage, und somit auch internationale Vertragswerke und Institutionen (bspw. UN-Verträge und Menschenrechtskonvention oder EU-Verträge) sowie demokratische Institutionen und Prozesse auf nationaler Ebene. Darüber hinaus kooperieren sie oft mit rechtsextremen Akteur_innen.

5. Vgl. hierzu etwa: Dieter Rucht (2017): Rechtspopulismus als Bewegung und Partei, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 2/2017, online unter: http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsb-plus_2017-2_rucht.pdf (Zugriff am 5.3.2019)
6. Vgl. die Rechtsextremismus-Definition der BfPB unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=45> (Zugriff am 27.04.2017).
7. Nähere Informationen zum IfS bietet das Internetportal „Mut gegen rechte Gewalt“ unter: <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/lexikon/i/institut-f-r-staatspolitik> (Zugriff am 05.05.2017).
8. Siehe „Erfurter Resolution – Die Gründungsurkunde des Flügels“ unter: <http://www.derfluegel.de/erfurter-resolution/> (Zugriff am 05.05.2017).
9. Siehe „Fünf Grundsätze für Deutschland – Wegweiser für eine neue Politik.“ unter: <http://www.derfluegel.de/fuenf-grundsaeetze-fuer-deutschland/> (Zugriff am 05.05.2017).
10. Vgl. hierzu etwa Michael Wildt: Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg: 2017, insb. S. 105f, sowie das „Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) und ihren Teilorganisationen“, veröffentlicht unter <https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/> (Zugriff am 5.3.2019), in dem es heißt: In der Gesamtschau ist festzustellen, dass auch auf der Ebene der Organisationseinheiten partiell ein ethnisch-biologisch bzw. ethnisch-kulturell begründetes Volksverständnis vertreten wird.
11. Zitate aus einem Interview im Deutschlandfunk vom 3.3.2019, online unter https://www.deutschlandfunk.de/afd-bundessprecher-meuthen-verfassungsschutz-chef-hat-seine.868.de.html?dram:article_id=442550 (Zugriff am 5.3.2019)

12. Die „Ein Prozent Bewegung“ will eine Bürgerbewegung gegen die „Flüchtlingseinvasion“ sein und sammelt Spenden. An ihr sind Akteur_innen der „Identitären Bewegung“ beteiligt. Unterstützt wird die Initiative u.a. vom „Compact“-Herausgeber Jürgen Elsässer, dem Magdeburger AfD-Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider sowie dem Verleger Götz Kubitschek. Vgl. dazu den Artikel „Ein Prozent – NGO der Neuen Rechten“ bei „Netz gegen Nazis“, unter: <https://www.belltower.news/ein-prozent-fuer-unser-land-ngo-der-neuen-rechten-42110/> (Zugriff am 05.05.2017).
13. Die „Identitäre Bewegung“ ist ein Verbund völkischer, aktionsorientierter Gruppen, die ethnopluralistische und kulturrassistische Konzepte vertreten. Sie gehen von einer geschlossenen „europäischen Kultur“ aus, deren Identität von anderen Kulturen bedroht sei, vor allem von einer „Islamisierung“. Die Politikwissenschaft nennt die Bewegung rechtsextrem. Siehe dazu die Beschreibung der „Identitären“ durch die BPB, unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=31>; vgl. auch: Kai Biermann u.a.: Die Scheinriesen, unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/identitaere-bewegung-rechtsextremismus-neonazis-mitglieder/komplettansicht?print> (Zugriff am 05.05.2017).
14. Vgl. hierzu etwa: Karsten Müller und Carlo Schwarz: Fanning the Flames of Hate: Social Media and Hate Crime, 2018. Online unter <https://ssrn.com/abstract=3082972> (Zugriff am 5.3.2019)
15. Die bisher geltenden Abgrenzungsbeschlüsse der AfD etwa gegenüber Pegida sind nach dem Machtgewinn des völkisch-nationalistischen Parteiflügels um Höcke obsolet, in der Partei gibt es Streit um die genaue Umsetzung, siehe etwa <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/alternative-fuer-deutschland-afd-pegida-kundgebung-joerg-urban> oder <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/09/brandenburg-afd-kalbitz-will-keine-pauschale-abgrenzung-von-pegida.html>

ten oder zumindest instrumentalisierten Demonstrationen, die aber auch von Bürger_innen besucht wurden, die nicht der rechtsextremen Szene angehörten. Dazu gehörten Demonstrationen wie die unter dem Label „Nein zum Heim“ (das später bundesweit verbreitet wurde) in Berlin-Hellersdorf oder in Duisburg unter dem Motto „Kein Asyl in Neumühl“ sowie die sogenannten Lichtelläufe im sächsischen Schneeberg. Diese zuerst von rechtsextremen Parteien getragenen Mobilisierungen wurden bald darauf auch von der Neuen Rechten mit den Formaten „Ein Prozent“¹² und „Identitäre Bewegung“¹³ unterstützt. Spätestens mit den ab Herbst 2014 aufkommenden Pegida-Demonstrationen in Dresden und ihren Ablegern im gesamten Bundesgebiet wurden diese Proteste zunehmend zu einer sozialen Bewegung – auch und vor allem in der Selbstwahrnehmung der Beteiligten. Schon früh spielten soziale Netzwerke für diese Bewegung eine große Rolle.

Parallel zum stärker werdenden Druck dieser neuen Strömung nahmen rassistisch motivierte Übergriffe und Gewalttaten vor allem auf Geflüchtete, ihre Unterkünfte und die Unterstützungsstrukturen massiv zu. Im Jahr 2016 zählte die Bundesregierung mehr als 3.500 Straftaten gegen Geflüchtete, darunter fast tausend Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte mit 169 Gewaltdelikten wie Brand- und Sprengstoffanschlägen oder Schüssen (vgl. Grafik rechts). Diese Entwicklungen – zum einen die rassistische Mobilisierung, Gewalt gegen geflüchtete Menschen, ihre Unterstützer_innen und zunehmend auch gegenüber (Kommunal-) Politiker_innen und zum anderen das Erstarren rechtspopulistischer Akteur_innen wie Pegida und AfD – verstärken sich gegenseitig¹⁴. In diesem Kontext ist auch die Strategie einiger Protagonist_innen der Neuen Rechten zu sehen, die AfD als parlamentarischen Arm dieser rechtspopulistischen Bewegung zu etablieren¹⁵. Zu dieser Strategie gehören auch

Neue Rechte

Der Begriff „Neue Rechte“ bezeichnet eine geistige und politische Strömung, deren Ziel die intellektuelle Erneuerung des Rechtsextremismus ist. Sie grenzt sich vom historischen Nationalsozialismus ab und bezieht sich stattdessen auf elitäre Vordenker der „Konservativen Revolution“ wie Ernst Jünger, Arthur Moeller van den Bruck und Carl Schmitt oder auf Wegbereiter des Faschismus wie Julius Evola, die während der Weimarer Republik zu den antidemokratischen Kräften gehörten.

Methodisch orientiert sich die Neue Rechte auch an Ideen linker Theoretiker_innen, wie etwa der Strategie der „kulturellen Hegemonie“ des italienischen Marxisten Antonio Gramsci. Dieser Strategie zufolge müssen, bevor Wahlerfolge einer Partei möglich sind, zuerst deren ideologische Positionen durch Beeinflussung öffentlicher Debatten in der Gesellschaft verankert werden. Ein erster Schritt auf dem Weg dahin wäre das Prägen von Elitendiskursen, z.B. durch publizistische Aktivitäten an der Grenze zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. Als wichtigste Medienorgane der Neuen Rechten in Deutschland gelten die Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“ (JF) und das vom Institut für Staatspolitik (IfS) im sachsen-anhaltischen Schnellroda herausgegebene Magazin „Sezession“.

Etlliche Protagonisten der Strömung, wie der JF-Chefredakteur Stein oder die IfS-Gründer Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek, stammen aus rechtsextremen Burschenschaften oder Studentenverbindungen wie der Deutschen Gildenschaft.


die durch parlamentarische Anfragen, aber auch über die eigenen Medienkanäle und Sozialen Netzwerke verbreiteten Angriffe der Partei auf Bildungsträger, Kultureinrichtungen, Gedenkstätten und soziale Einrichtungen¹⁶. Ziel dieses Vorgehens ist die Delegitimierung des Engagements, das sich für eine plurale und offene Gesellschaft einsetzt.

Aufklärung, Auseinandersetzung und Selbstverständigung

Die in den letzten Jahren gegen den „klassischen“ Rechtsextremismus von NPD und Neonazis entwickelten Konzepte greifen beim aktuellen Rechtspopulismus oft zu kurz. Sie können nicht ohne weiteres auf die AfD und andere rechtspopulistische Akteur_innen oder auf die Neue Rechte angewandt werden. Ein breiter Konsens der demokratischen Ächtung wie gegenüber NPD und Neonazis kann jedenfalls gegenüber der aktuellen rassistisch und völkisch-nationa-

listisch grundierten sozialen Bewegung von rechts, deren parlamentarischer Arm die AfD ist, nicht vorausgesetzt werden.

Aus der Diskursanalyse ist bekannt, dass sich die von rechtsextremen und rechtspopulistischen Akteur_innen bewusst im öffentlichen Diskurs platzierten Themen und Tabubrüche durch ihre Reproduktion in den klassischen Medien sowie auf interaktiven virtuellen Plattformen und Blogs schleichend verankern.¹⁷ Dadurch sind sie in der Lage, eine Wirkungsmacht zu entfalten, die ihrer tatsächlichen Stärke und Verankerung in der Gesellschaft nicht entspricht. Zudem wird gezielt mit Desinformation gearbeitet. Bewusst gestreute Falschmeldungen, aber auch rechtsextreme Deutungen und Forderungen, finden in kürzester Zeit vielfache Verbreitung – vor allem in den Echokammern von Medien wie dem

 Im Jahr 2016 zählte die Bundesregierung mehr als 3.500 Straftaten gegen Geflüchtete

Rechtsextremismus

In dieser Handreichung wird ein im Vergleich zu behördlichen Definitionen erweiterter Rechtsextremismusbegriff verwendet, der sich vor allem auf die politischen Inhalte, vertretenen Standpunkte und Aktionsformen bezieht. Dadurch wird deutlich, dass die hier als „Rechtspopulismus“ (siehe Definition oben) beschriebene Strategie deutliche Überschneidungen mit rechtsextremen Positionen, Haltungen und Handlungen aufweist.

Mit Hans-Gerd Jaschke beschreibt der Begriff „Rechtsextremismus“ im Folgenden „die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter „Rechtsextremismus“ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gesellschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen. Rechtsextremismus ist eine antimodernistische, auf soziale Verwerfungen industriegesellschaftlicher Entwicklung reagierende, sich europaweit in Ansätzen zur sozialen Bewegung formierende Protestform.“¹⁸

16. Vgl. hierzu die Reaktionen von Brandenburger Theatern und sozialen Einrichtungen aus Berlin, <http://www.maz-online.de/Nachrichten/Kultur/Piccolo-Theater-Cottbus-Brandenburger-Theater-wehren-sich-gegen-die-AfD> und https://www.berliner-woche.de/mitte/c-politik/180-berliner-traeger-kritisieren-anfragen-der-afd_a178430 (Zugriff am 5.3.2019)

17. Vgl. z.B.: Sebastian Seng: Normalisierungsmaschine Integration. Eine rassistisch-kritische Analyse des Integrationsdiskurses. In: Ansgar Drücker/Sebastian Seng u.a. (Hrsg.): Geflüchtete, Flucht und Asyl. Texte zu gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, Flucht- und Lebensrealitäten, rassistischen Mobilisierungen, Selbstorganisation, Empowerment und Jugendarbeit. Düsseldorf: 2016, S. 24–30. Vgl. auch Sebastian Friedrich (Hrsg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarra-zindebatte“. Münster: 2011.

18. Hans-Gerd Jaschke: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Opladen: 2001, S. 30.

“ Rechtspopulistisch vorgetragene Positionen ist weder allein mit Skandalisierung beizukommen, noch indem sie ignoriert werden.

„Compact“-Magazin, dem Blog „Politically Incorrect“¹⁹, den Publikationen und Kampagnenplattformen des Instituts für Staatspolitik sowie deren Präsenzen bei Facebook und Twitter. Solche Falschmeldungen

und Deutungen beeinflussen gesellschaftliche Diskurse und politische Entscheidungen, ohne auf einer empirisch belegbaren Grundlage zu beruhen. Auch die oft emotional geführten gesellschaftlichen und politischen Debatten, wie etwa im Nachgang der Übergriffe in der Kölner Silvesternacht 2015, werden von rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteur_innen aufgegriffen und instrumentalisiert.

Auch die AfD verfolgt dezidiert eine Politik der Skandalisierung und Radikalisierung vorhandener gesellschaftlicher Debatten, beispielsweise um Zuwanderung oder das Verhältnis zum Islam, und nutzt oder verstärkt vorhandene Ängste und gesellschaftliche Neiddebatten. Das führt zu einer Verschiebung von Grenzen, sodass ehemals selbstverständliche Positionen zum demokratischen Miteinander, den Menschenrechten und dem Schutz von Minderheiten zunehmend infrage gestellt werden.

Rechtspopulistisch vorgetragene Positionen der AfD ist allerdings weder allein mit Skandalisierung beizukommen, noch indem sie ignoriert werden. Auch eine dauerhafte Ausgrenzung scheint nicht zu gelingen. Zudem hat sich die Hoffnung, dass sich die Partei selbst entlarven möge oder von Kritiker_innen entzaubert wird, nicht erfüllt.

Offensichtlich greift eine Aufklärung über die völkisch-nationalistischen, rassistischen oder antifeministischen Inhalte der AfD da zu kurz, wo sie genau wegen dieser Inhalte gewählt wird.²⁰ Die eigentliche Aufklärung muss zum einen die rechtspopulistischen Strategien und Techniken betreffen, durch die solche Inhalte wirksam werden.

Zum anderen bedarf es einer Selbstverständigung über zwar grundlegende, aber häufig nur phrasenhaft verwandte Begriffe wie Demokratie, Partizipation, Engagement, Zivilgesellschaft und Solidarität.

19. „Politically Incorrect“ (kurz: PI oder PI-News) ist ein 2004 gegründeter islamfeindlicher Newsblog, der sich zu einem der bedeutendsten deutschsprachigen Internetportale entwickelt hat und international mit islamfeindlichen, rechtsextremen und rechtspopulistischen Personen und Organisationen vernetzt ist. Siehe die Beschreibung der BPB unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=81> (Zugriff am 05.05.2017).

20. Vgl. etwa Frank Decker: Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD, online unter <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft> (Zugriff am 5.3.2019).

II. „Darf ich da überhaupt was sagen?!“

Zur aktuellen Debatte um „Neutralität“

Aktuell wird um die Frage der „politischen Neutralität“ vielfach sehr emotional gestritten. Die Beschäftigung mit aktuellen gesellschaftlichen Debatten unter dem Stichwort „Rechtsruck“ sowie die Thematisierung der Strategien und Positionen der AfD wird von verschiedenen Seiten kritisiert und teilweise offen angegriffen: Zuständige und Engagierte dürften sich nicht in dieser Form äußern, weil sie nicht gegen eine Partei Position beziehen dürfen. Die AfD selbst inszeniert sich als Opfer einer „Meinungsdiktatur“ und greift (s.o.) über parlamentarische Initiativen und eine massive Öffentlichkeitsarbeit vor allem in Sozialen Netzwerken kommunalpolitisch engagierte Menschen, Institutionen und Initiativen an. Aber auch unter den Aktiven vor Ort – in Bündnissen, Stadtverwaltungen und Vereinen – wird der Umgang mit der AfD kontrovers diskutiert, auch hier ist „Neutralität“ in aller Munde.

Drei zentrale Missverständnisse

Das Grundgesetz garantiert grundlegende Menschenrechte aller in Deutschland lebenden Personen gegenüber dem Staat, aber auch in der Gesellschaft allgemein (Art.1-17, 33, 101-104 GG). (Kommunal-)Politiker_innen, Lehrer_innen, politische Bildner_innen wie auch Verantwortliche in Vereinen, Verbänden, Stiftungen und anderen Institutionen können im Sinne von Grundgesetz und Menschenrechten daher niemals „neutral“ sein. In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus

und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen, wie sie immer wieder auch von Funktionär_innen der AfD geäußert werden, sind sie daher aufgefordert, Haltung zu zeigen und Stellung zu beziehen. Staatliche Stellen und kommunale Verwaltungen dürfen sich natürlich nicht offensiv und pauschal gegen eine Partei positionieren – das ist aus demokratischer Perspektive richtig und wünschenswert. Damit sind auch städtische Ämter und Funktionsträger_innen zu einer differenzierten und sachlichen Auseinandersetzung mit Inhalten und Strategien aufgefordert. Für Verbände, Vereine, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Initiativen müssen allerdings weitere Maßstäbe angelegt werden, denn auch sie sind Grundrechtsträger und nehmen an gesellschaftlichen Diskursen teil. Eine gerade für staatliche und kommunale Einrichtungen notwendige parteipolitische Neutralität darf aber nicht mit „Wertneutralität“ verwechselt werden. Es gilt daher, drei zentrale Missverständnisse aufzuzeigen:

“ Eine gerade für staatliche und kommunale Einrichtungen notwendige parteipolitische Neutralität darf aber nicht mit „Wertneutralität“ verwechselt werden

(1) Die Verwechslung von juristischen und politischen/fachlichen Fragen

Aktuell wird die Frage der „Neutralität“ vor allem aus juristischer Perspektive diskutiert. In Schulen, Kommunalparlamenten und Bildungseinrichtungen geht es häufig zunächst um Fragen wie: Dürfen wir da überhaupt etwas sagen?

“ Grundsätzliche Antworten sind auf dem Rechtsweg allerdings mittelfristig nicht zu erwarten

Grundsätzliche Antworten sind auf dem Rechtsweg allerdings mittelfristig nicht zu erwarten, zumal die angenommene „Neutralitätspflicht“ zwar in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes immer wieder bestätigt, aber nicht näher festgelegt oder inhaltlich geschärft wurde.

Dass staatliche Organe und vor allem Sicherheitsbehörden erst dann tätig werden, wenn die Grenzen von Strafrecht oder Verfassungsfeindlichkeit überschritten sind, ist in einem demokratischen Staat Normalität. Dass die gesellschaftliche Auseinandersetzung aber durch solche engen Grenzen eingehegt werden soll, ist kritisch zu hinterfragen. Offenbar wird hier – sicherlich auch aufgrund der Unsicherheit der Handelnden – versucht, eine politische und fachliche Frage auf juristischem Wege zu klären. Dass die Grenzen des demokratischen Diskurses, der sich auf Grund- und Menschenrechte stützt, aber nicht allein juristisch zu beschreiben, sondern gesellschaftlich auszuhandeln sind, zeigte etwa die Debatte um die Anfrage der AfD im Bundestag²¹ im März 2018, in der Behinderung, Inzest und Migration miteinander in Verbindung gesetzt wurden.

Zudem basieren juristische Festlegungen und Gesetze immer auf gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Klärungsprozessen. Angesichts gesellschaftspolitischer Verschiebungen und neuer Herausforderungen müssen diese dann auch neu verhandelt werden.

(2) Die Konstruktion eines Neutralitätsgebots u.a. in der politischen Bildung

Mit Verweis auf den Beutelsbacher Konsens wird mithin aus dem Kontroversitätsgebot und dem Überwältigungsverbot ein „Neutralitäts-

gebot“ konstruiert. Dabei handelt es sich um ein weit verbreitetes und folgenschweres Missverständnis. Dass politische Bildung nicht neutral sein kann, sondern zur politischen „Mündigkeit“ der Bürger_innen beitragen soll, wird in der aktuellen Fachdebatte sowohl aus eher konservativer, liberal-demokratischer wie auch aus emanzipatorisch-kritischer Perspektive betont²². Ebenso gelten nicht explizit festgehaltene normative Bezüge in der Debatte um den Konsens



21. BT-Drucksache-Nr 19/1444, online unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/014/1901444.pdf>

22. Vgl. hierzu die Beiträge im Sammelband Widmaier, Benedikt und Peter Zorn (Hg.) (2016): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn.

trotzdem als mitgedacht, denn „in einer Diktatur würde dieser Minimalkonsens keinen Sinn ergeben, die Anerkennung der Menschenwürde, von Pluralismus und demokratischer Mitbestimmung sind seine immanenten Voraussetzungen.“²³

Dazu braucht es eine klare Positionierung und normative Setzung, die gerade in einer sich polarisierenden Gesellschaft zentrale zivilisatorische Errungenschaften verteidigt. Dies ist



auch deshalb nötig, weil eine vermeintlich neutrale Vorgehensweise – im konkreten Fall also das Nicht-Thematisieren und Nicht-Kritisieren der AfD als parlamentarischer Arm der Neuen Rechten, ihrer Strategie und Rhetorik – zum Rückzug demokratischer Positionen in der gesellschaftlichen Debatte führt und damit Räume öffnet für Akteur_innen, Parteien und Gruppen, die die Menschenrechte in Frage stellen. Damit wird der ausdrücklichen Strategie dieser Akteur_innen Vorschub geleistet, mit ihren ausgrenzenden Positionen und der Delegitimierung demokratischer Grundannahmen in den gesellschaftlichen Mainstream hinein zu wirken.

(3) Die (bewusste) Verwechslung von Meinungsfreiheit mit Widerspruchsfreiheit

Der Verweis auf die Meinungsfreiheit ist zum einen als strategische Argumentation der Neuen Rechten zu verstehen, um „Gegenwind“ zu diskreditieren. Zum anderen wird sie aber auch im Sinne der Forderung, „mit Rechten zu reden“, in Stellung gebracht, um etwa Kritik an der Einladung von Protagonist_innen der AfD zu öffentlichen Debatten als „ideologische Einnigelung“ zu stigmatisieren.

“ Der Verweis auf die Meinungsfreiheit ist als strategische Argumentation der Neuen Rechten zu verstehen

Natürlich muss es in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierungen auch darum gehen, im Sinne einer demokratischen Streitkultur Debatten einzugehen. Es gehört selbstverständlich dazu, im Rahmen von Angeboten der politischen Bildung und der kommunalpolitischen Debatte unterschiedliche Meinungen und Perspektiven wertzuschätzen, ergebnisoffene Prozesse anzustoßen und zu begleiten. Und natürlich gilt es auch, mit Menschen zu diskutieren oder Diskussionen mit ihnen anzuleiten, die an-

23. Oberle, Monika (2017): Wie politisch dürfen oder sollen Politiklehrer/-innen sein?, S. 120, in: Frech, Siegfried und Dagmar Richter (Hg.): Der Beutelsbacher Konsens. Bedeutung, Wirkung, Kontroversen, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., S. 114-127.

“ Kommunalparlamentarier_innen, Lehrer_innen, Menschen in der Bildungsarbeit und in Vereinen und Verbänden dürfen und müssen eintreten für Demokratie und Menschenrechte.

sprechbar sind für die einfachen Lösungen, die rechtspopulistische „Ideologieproduzent_innen“ anbieten.

Aus dem oben dargelegten Verständnis einer nicht-neutralen Menschen- und Grundrechtensorientierung erwächst aber auch die Notwendigkeit des Eintretens und sich Positionierens im Sinne einer authentischen Haltung und Vorbildfunktion. Meinungsfreiheit bedeutet an dieser Stelle also nicht Widerspruchsfreiheit, denn gerade dieser Widerspruch auf der Basis nicht verhandelbarer Grundannahmen (s.o.) macht die demokratische Debatte aus.

Eine Diskussion kann nur mit jenen gelingen, die ein ernsthaftes Interesse an Austausch haben. Die „Ideologieproduzent_innen“ treibt eine andere Motivation an, ihnen geht es nicht um Argumente, sondern um Aufmerksamkeit.

Nicht neutral, aber unparteiisch und ausgewogen

Die Analyse von Programmatik und Strategie einer Partei wie der AfD und der sie umgebenden sozialen Bewegung, die Entwicklung von Strategien demokratischen Umgangs mit den damit verbundenen Herausforderungen sowie das Zurückweisen und Benennen von rassistischen und menschenrechtsfeindlichen Äußerungen sind somit „keine Überwältigung, sondern Einsatz für die Demokratie“.²⁴

Kommunalparlamentarier_innen, Lehrer_innen, Menschen in der Bildungsarbeit und in Vereinen und Verbänden dürfen und müssen eintreten für Demokratie und Menschenrechte. Sie können und sollten dort Position beziehen, wo Menschen und Gruppen diskriminiert und ausgegrenzt werden. Sie sind nicht „neutral“ – aber sie überwältigen nicht und können sehr wohl unparteiisch, gerecht und ausgewogen sein.

24. Drücker, Ansgar (2016): Der Beutelsbacher Konsens und die politische Bildung in der schwierigen Abgrenzung zum Rechtspopulismus, S. 130, in: Widmaier, Benedikt und Peter Zorn (Hg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn.

III. Argumentieren gegen Rechtspopulismus

Auseinandersetzung mit Parteiprogrammatik und Machtanspruch

Konsequenzen rechtspopulistischer Politik benennen

Nicht nur gesellschaftliche Minderheiten sind von einem Machtgewinn neurechter Positionen betroffen. Die Umsetzung der aktuellen AfD-Programmatik würde mutmaßlich auch die Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit erheblich verschlechtern. So fordern die AfD und andere rechtspopulistische Akteur_innen beispielsweise eine entschiedene Renationalisierung der Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik.²⁵ Dazu gehören die Schwächung und in letzter Konsequenz die Auflösung internationaler Organisationen wie der Europäischen Union und eine militärische Aufrüstung. Die Folgen wären vermutlich Abschottung, wirtschaftlicher und kultureller Rückschritt sowie eine erhöhte Kriegsgefahr in Europa und der Welt.

Der Inszenierung als „Partei des kleinen Mannes“ oder der „einfachen Leute“ kann die ambivalente Haltung der AfD zur Sozialen Frage entgegengehalten werden²⁶. Hier geht ein Riss durch die Partei²⁷ – so wird zwar einerseits mittlerweile die Einführung eines Mindestlohnes gefordert, nach wie vor setzt die Partei in ihren programmatischen Äußerungen aber vor allem auf Deregulierung und verbindet Sozialpolitik mit der Ablehnung von Migration²⁸. „Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle“, heißt es etwa im Grundsatzprogramm der AfD.²⁹ Sozialpolitisch setzt die AfD

denn auch in erster Linie auf die Verantwortung des Einzelnen, für sich und seine Angehörigen zu sorgen. Zudem spielt sie zunehmend hilfebedürftige gesellschaftliche Gruppen gegeneinander aus und führt sozialpolitische Probleme auf die „unkontrollierte Massenzuwanderung“ zurück.³⁰

Die AfD fordert eine Sondergesetzgebung gegen Angehörige muslimischer Communities, wobei sie symbolhaft Vollverschleierung, Moschee-Minarett und den islamischen Gebetsruf aufgreift.³¹ In diesem Kontext greift sie immer wieder die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit an und richtet sich grundsätzlich gegen eine offene und vielfältige Gesellschaft. Im Europawahlprogramm bezeichnet die Partei den Islam per se als „Gefahr für Europa“³². In ihren Wahlprogrammen für Länderparlamente wendet sie sich gegen die Integration von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylberechtigten in die deutsche Gesellschaft.³³ Statt Integration will sie eine ethnisch und kulturell gleichförmige Gesellschaft und richtet sich damit gegen demokratische Prinzipien wie die Menschenrechte sowie den Flüchtlings- und Minderheitenschutz.

Die AfD agitiert gegen die Gleichstellungspolitik von Frauen und sexuellen Minderheiten.³⁴ Frauen und Menschen mit alternativen Lebensentwürfen jenseits der traditionellen bürgerlichen Kleinfamilie haben von der AfD

25. Siehe „Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland“, etwa S. 15f. und S. 28f. http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (Zugriff am 27.04.2017). Siehe „Europawahlprogramm. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019“, S. 11f. („Ein Europa der Nationen“)
26. Zu den Positionen der AfD zur Sozialen Frage siehe etwa DGB Bayern: Keine Alternative für Beschäftigte, online unter: <https://bayern.dgb.de/themen/++co++9f004cfe-7ec0-11e8-8827-52540088cada> (Zugriff am 9.3.2019)
27. Am Beispiel der Rentenpolitik etwa hier nachvollziehbar: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article176759304/AfD-Arbeitnehmerfluegel-um-Uwe-Witt-legt-Rentenkonzept-vor.html> (Zugriff am 8.3.2019)
28. Im Wahlprogramm zur hessischen Landtagswahl fordert der Landesverband etwa, die „Wohlfahrtsindustrie“ zu überprüfen, damit aus Hilfe keine „Soziale Hängematte“ wird und beschreibt „Migration als soziale Frage“ (S. 45f.): https://cdn.afd.tools/sites/179/2018/09/26103038/2018-08-23_LTW-HESSEN_FINAL_WEB.pdf (Zugriff am 8.3.2019)
29. Siehe Grundsatzprogramm der AfD, a.a.O., S.67.
30. Siehe etwa S. 55f. im Europawahlprogramm der Partei (a.a.O.)
31. Siehe Grundsatzprogramm der AfD, a.a.O., S. 48–50 (unter der Überschrift „Kultur, Sprache und Identität“).
32. Siehe Europawahlprogramm der AfD, a.a.O., S. 51f.
33. Siehe z.B. das Wahlprogramm der AfD Berlin, a.a.O., S. 18f. („Rechtsstaat bewahren. Geltendes Recht durchsetzen ...“) sowie die „Programmpunkte: Bayern. Aber sicher!“ der AfD Bayern, S. 2 („Asylchaos beenden“), online unter https://cdn.afd.tools/sites/170/2018/10/06134417/AfD_Bayern_Programmpunkte_zum_ausdrucken.pdf (Zugriff am 9.3.2019).
34. Vgl. Europawahlprogramm der AfD, S. 73f., a.a.O. („Gender-Mainstreaming abschaffen“).

“ Parteien wie die AfD haben kein Interesse an einer unaufgeregten, sachlichen Auseinandersetzung.

eine Verschlechterung ihrer sozialen und rechtlichen Situation zu erwarten.

Die AfD spricht sich schließlich auch gegen den ökologischen Umbau der Gesellschaft, gegen den Klimaschutz und die Energiewende aus. Sie leugnet den vom Menschen verursachten Klimawandel³⁵, bekundet stattdessen ihre Begeisterung für den Autoverkehr sowie die Kernenergie und schlussfolgert: „Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg“.³⁶

Destruktivität des Rechtspopulismus offenlegen

Es ist auch die Form ihrer Politik und ihrer politischen Kommunikation, die Rechtspopulist_innen und weite Teile der AfD von der Mehrheit der demokratischen Parteien unterscheidet: Das politische Agieren der AfD ist nicht konstruktiv und nicht auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme gerichtet. Es zielt im Gegenteil darauf ab, Probleme zu beschwören und zu verschärfen, um sie dann politisch und ideologisch verwerten zu können.³⁷

Lösungskonzepte bietet eine rechtspopulistische Partei wie die AfD in der Regel zwar nicht; dafür werden mitunter Überlegungen, die bereits bei anderen Parteien zu finden sind, lediglich ideologisch angereichert und radikalisiert, etwa bei den Forderungen nach verschärften Zuwanderungsgesetzen. Parteien wie die AfD haben kein politisches Interesse an einer unaufgeregten, sachlichen Auseinandersetzung. Wird aber Kritik an der AfD geübt oder ihr deutlich widersprochen, inszeniert sie sich als Opfer der „Lügenpresse“, einer „Verschwörung der Eliten“ sowie als „alleinige Vertreterin des eigentlichen Volkswillens“.

Die Machtkämpfe und Machtinteressen der Rechtspopulist_innen öffentlich machen

Die inneren Konflikte der AfD, die sich aktuell in Streitigkeiten um die inhaltliche Ausrichtung zeigen, sind in vielen Fällen reine Machtkämpfe. Es gibt eine ganze Reihe von AfD-Politiker_innen, deren Agieren innerhalb der Partei den Verdacht nahelegt, dass sie vor allem auf Machtgewinn und Machterhalt aus sind.³⁸ Solche Machtkämpfe und AfD-internen Rivalitäten sollten in der politischen Auseinandersetzung von den Demokrat_innen berücksichtigt und ggf. öffentlich gemacht werden.

Die Rhetorik der AfD umkehren

Nicht die AfD wird ausgegrenzt, sondern sie selbst grenzt sich inhaltlich und formal aus. Inhaltlich grenzt sie sich da aus, wo ihre Positionen antidemokratisch, nationalistisch und rassistisch sind. Formal grenzt sich die AfD mit ihrer pauschalen Rhetorik gegen das „Altparteienkartell“, das „Gutmenschentum“, den „Tugend-Terror“, die „Lügenpresse“ usw. aus. Wenn die AfD behandelt werden will wie andere Parteien, muss sie sich glaubwürdig von rechtsextremer und -populistischer Programmatik und Rhetorik sowie dem entsprechenden (Spitzen-) Personal trennen³⁹. Dies würde allerdings eine mittlerweile unwahrscheinlich gewordene Wandlung der vielerorts von ihrem völkisch-rechtsextremen Flügel dominierten Partei erfordern.

Rechtspopulismus proaktiv widersprechen, statt nur zu reagieren

So notwendig demokratische Reaktionen und klare Positionen in der direkten Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus sind, so wichtig ist es, proaktiv zu handeln: (Kunst-) Projekte, Demonstrationen, Feste, Filmclips, Resolutionen und andere partizipative Aktionen können selbstgewählte Formen einer inhaltlichen Ausei-

35. Siehe das Bundestagswahlprogramm der AfD, a.a.O., S. 64 („Schluss mit der Technologiefeindlichkeit ...“) sowie das Europawahlprogramm der AfD, a.a.O., S. 79.

36. Europawahlprogramm der AfD, a.a.O., S. 79.

37. Vgl. dazu das Strategiepapier des AfD-Bundesvorstandes „AfD – Manifest 2017. Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017“. Vgl. auch den Artikel von Thomas Leif und Patrick Gensing: Provokation statt Problemlösung, unter: <https://www.tagesschau.de/inland/afd-strategiepapier-101.html> (Zugriff am 05.05.2017).

38. Siehe z.B. Wigbert Löer: Einblick in geheime Chat-Protokolle der AfD, unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/whatsapp-gruppe-afd-nordrhein-westfalen---demokratie-ist-nur-gut--wenn-sie-einem-nuetzt--7206824.html> (Zugriff am 05.05.2017). Vgl. auch Matthias Korfmann: Streit der AfD-Vorsitzenden in NRW spitzt sich zu, unter <https://www.wr.de/politik/landespolitik/streit-der-afd-vorsitzenden-in-nrw-spitzt-sich-zu-id216440999.html> (Zugriff am 9.3.2019).

39. Vgl. hierzu etwa <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/284482/dialog-oder-ausgrenzung-ist-die-afd-eine-rechts-extreme-partei> (Zugriff am 8.3.2019)

nersetzung sein. Junge und Ältere, Schauspieler_innen, Filmemacher_innen, Künstler_innen, Eventmanager_innen, Gewerkschafter_innen und Politiker_innen – um nur einige Akteur_innen zu nennen – können hier mit eigener Expertise und eigenen Ressourcen aktiv werden. Mit solchen proaktiven Formen, die einen Bezug zur Lebenswirklichkeit verschiedener gesellschaftlicher Kreise herstellen, können auch solche Menschen angesprochen werden, die über die gängigen Wege der politischen Kommunikation in der Regel nicht erreicht werden.

Offensive Solidarisierung mit den von Diskriminierung Betroffenen

Rechtspopulistische Positionen wie die Forderung nach Verschärfung des Asylrechts und der Überwachungsgesetze, dem Schießbefehl an der Grenze bei illegalem Grenzübertritt oder der Kürzung von Sozialleistungen richten sich direkt gegen bestimmte Personengruppen. Dazu gehören unter anderem Geflüchtete und andere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Bezieher_innen von Sozialleistungen, Bürger_innen muslimischen und jüdischen Glaubens, Feminist_innen und Angehörige sexueller Minderheiten, engagierte Demokrat_innen und Linke. Initiativen, Politiker_innen und auch Abgeordnete sollten sich aktiv schützend vor diejenigen Menschen stellen, die durch Rechtspopulist_innen angefeindet und von ihrem Machtgewinn am meisten bedroht werden. Parlamentarier_innen sollten darüber hinaus Organisationen und Netzwerke für die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus gewinnen und sich mit ihnen vernetzen. Deren Potenzial für die Verteidigung demokratischer Grundwerte zu aktivieren, verspricht mehr Erfolg als der Versuch, argumentativ schwer erreich-



bare Rechtspopulist_innen überzeugen zu wollen. Es ist wichtig, die Perspektive der von Diskriminierung Betroffenen zu berücksichtigen und bereits im Vorfeld solidarische Reaktionen auf mögliche rechtspopulistische Agitation abzustimmen. Potenzielle Bündnispartner_innen sind zum Beispiel jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften, Kirchengemeinden und kirchliche Verbände, Kultureinrichtungen und Gedenkstätten, Engagierte in der Flüchtlingshilfe, Migrant_innen-Organisationen, Gewerkschaften, feministische und LGBTIQ*-Gruppen oder Umwelt- und Friedensgruppen.

“ Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die Menschen aufgrund von Aussehen, Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Behinderung und anderen Merkmalen abwerten, sind in der ganzen Gesellschaft verbreitet.

Multiperspektivisch vorgehen – nicht allein auf Konfrontation setzen

Die Strategie der Skandalisierung und die Haltung der Empörung gegenüber der AfD nutzen sich schnell ab. Außerdem liefern sie Vorlagen für die Opferinszenierung der AfD. Skandalisierung sollte daher punktuell und mit Bedacht eingesetzt werden.

Darüber hinaus reicht es nicht, nur auf den Nachweis von Inhalten und Positionen der AfD zu setzen, die ohnehin schon bekannt sind und von dieser auch kaum bestritten werden. Von vielen Menschen wird die AfD ja gewählt, gerade weil sich eine Reihe ihrer Vertreter_innen nationalistisch und rassistisch äußern. Dies allein anzuprangern, wird in der Diskussion mit Sympathisant_innen der AfD kaum überzeugen. Vielmehr sollten in der Kritik an der Partei auch ihre anti-sozialstaatlichen und anti-ökologischen sowie gleichstellungsfeindlichen Einstellungen und ihr Bestreben, die Gedenk- und Erinnerungskultur an die nationalsozialistischen Verbrechen zu delegitimieren⁴⁰, herausgearbeitet werden.

Es reicht nicht, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus pauschal als problematisch zu beschreiben. Vielmehr gilt es, die gesellschaftlichen Auswirkungen von nationalistischen, rassistischen, autoritären Positionen und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen, wie sie auch von der AfD vertreten werden, zu thematisieren. Dazu gehört zu zeigen, dass Rechtspopulist_innen nicht nur keine Lösungen für soziale Probleme bereithalten⁴¹, sondern im Gegenteil auf die populistische Kommunikation derselben

angewiesen sind: um im Gespräch zu bleiben, um über angebliche Ängste in der Bevölkerung Aufmerksamkeit zu erlangen und natürlich um Wählerstimmen zu erlangen.⁴² Die von Rechtspopulist_innen verfolgten Konzepte vergrößern eher die sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme. Hier wäre etwa zu zeigen, warum die AfD die Gesellschaft weiter spalten oder die aktuelle politische, wirtschaftliche und militärische Krisendynamik noch verschärfen würde.

Die eigenen Haltungen glaubhaft vertreten

Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die Menschen aufgrund von Aussehen, Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Behinderung und anderen Merkmalen abwerten, sind in der ganzen Gesellschaft verbreitet. Die AfD und andere rechtspopulistische Gruppierungen sind unter anderem deshalb erfolgreich, weil sie an diesen vorhandenen Einstellungen ansetzen und sie zuspitzen.

Weil von solchen Einstellungen auch Demokrat_innen nicht frei sind, ist für die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus eine ständige Reflexion der eigenen und der im jeweiligen Umfeld vertretenen Positionen notwendig. Dies kann als dauernder Lernprozess gesehen werden. Dabei gilt es, für sich selbst und die eigenen Mitstreiter_innen eine menschenrechtsorientierte Haltung zu entwickeln, die sich deutlich von den Positionen der Rechtspopulist_innen unterscheidet und ihnen entgegensteht.

Zur kritischen Reflexion der eigenen Privilegien gehört auch, diejenigen bei ihrem Einsatz für gleichberechtigte Teilhabe zu unterstützen, die diese Privilegien nicht haben und von Diskriminierung und rechtspopulistischer Politik direkt betroffen sind. Selbstreflexion und Solidarität sind nicht nur grundlegende Bestandteile

40. In ihrem Grundsatzprogramm spricht sich die Partei dafür aus, die „aktuelle Verengung“ der deutschen Erinnerungskultur auf die Verbrechen des Nationalsozialismus zugunsten einer positiven, identitätsstiftenden Geschichtsbetrachtung „aufzubrechen“. Siehe Grundsatzprogramm der AfD, a.a.O., S. 48. Überschneidungen zwischen NS-Ideologie und AfD-Geschichtsverständnis arbeitet auch folgender Text von Michael Sturm heraus: „Erweiterte Geschichtsbetrachtung“ – Die AfD und ihr Geschichtsverständnis. In: IDA-NRW (Hrsg.): Überblick 1/2017. Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus in der historisch-politischen Bildungsarbeit, unter: http://www.ida-nrw.de/cms/upload/Ueberblick/berblick_web_01_17.pdf (Zugriff am 05.05.2017).

41. Siehe dazu Katharina Nocun: Wie sozial ist die AfD wirklich? Unter: <https://www.boell.de/sites/default/files/2016-6-wie-sozial-ist-die-afd.pdf> (abgerufen am 27.04.2017).

42. Im oben schon erwähnten Strategiepapier des AfD-Bundesvorstands „AfD – Manifest 2017“ heißt es dazu: „Es ist wichtiger, den Finger in die Wunde der Altparteien zu legen, als sich in einer Expertendiskussion um Lösungsvorschläge zu verheddern. Die stete Wiederholung dessen, wofür man bereits bekannt ist, bringt mehr Erfolg als immer wieder neues zu bringen.“ (S. 9), sowie: „Die AfD muss [...] ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein.“ (S. 10).

einer demokratischen Gesellschaft, sie sind auch eine entschiedene Alternative zum autoritären Politikstil der Rechtspopulist_innen.

Für diskriminierungsfreie Räume sorgen

Gerade in Wahlkampfzeiten wird in der Auseinandersetzung mit der AfD und ihren Standpunkten vielfach darüber diskutiert, ob sie zu Podiumsdiskussionen u.Ä. eingeladen werden soll oder nicht. Hier gilt es, mit Blick auf von rechtspopulistischer Rhetorik potenziell Betroffene, sensibel das Für und Wider abzuwägen. Dasselbe gilt für den Ausschluss von Veranstaltungen. Auch wenn bereits rassistische und diskriminierende Äußerungen von AfD-Mitgliedern bekannt sind, schrecken Veranstalter_innen häufig davor zurück, diese von Veranstaltungen zu verweisen. Gegenüber Neonazis ist dies hingegen eine erprobte Praxis. Für AfD-Mitglieder, die bereits durch rassistische oder rechtsextreme Äußerungen aufgefallen sind, sollten die gleichen Kriterien gelten – wer sich selbst aufgrund seiner Positionen vom demokratischen Diskurs ausschließt, sollte gerade mit Rücksicht auf potenziell Betroffene nicht auch noch Raum für seine Positionen bereitgestellt bekommen.

Ausschlüsse sollten allerdings stets inhaltlich, öffentlich und klar begründet werden. Rassismus, Homosexuellenfeindlichkeit oder andere Formen der Diskriminierung sind allemal Grund genug, um Personen eines Raumes zu verweisen. In Veranstaltungen von Demokrat_innen sollte ein Klima hergestellt werden, das dafür sorgt, dass niemand aufgrund der tatsächlichen oder zugeschriebenen Herkunft, des Aussehens oder der sexuellen Identität und Orientierung diskriminiert wird. Wenn der Versuch, einen möglichst diskriminierungsfreien Raum bereitzustellen, durch das Auftreten und die Äußerungen von Rechtspopulist_innen oder Rechtsextremen gestört wird, sind die Veranstalter_innen gefragt,

“ In ihren Partei- und Wahlprogrammen richten sich Rechtspopulist_innen gegen zahlreiche Gruppen in der Gesellschaft, zum Beispiel Migrant_innen, Feminist_innen, Erwerbslose oder Menschen, die sich für Umweltschutz engagieren.

von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und die Mindeststandards durchzusetzen. Es ist möglich, bereits in der Einladung auf solche Standards hinzuweisen.

Bündnisse schließen und das Thema Rechtspopulismus auf die Agenda setzen

In ihren Partei- und Wahlprogrammen richten sich Rechtspopulist_innen gegen zahlreiche Gruppen in der Gesellschaft, zum Beispiel Migrant_innen, Feminist_innen, Erwerbslose oder Menschen, die sich für Umweltschutz engagieren. Sie polemisieren gegen kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen, gegen Gedenkstätten und eine angebliche „Sozialindustrie“. Es ist sinnvoll, die Betroffenen dazu anzuregen, sich mit den Positionen von Rechtspopulist_innen zu den jeweiligen Themen auseinanderzusetzen und klar Stellung zu beziehen. Vielen Menschen ist z.B. gar nicht bekannt, dass die AfD wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel in ihrem Programm bestreitet. In Bezug auf die Gleichberechtigung der Geschlechter und Gleichstellungspolitik (Gender Mainstreaming) beruft sich die AfD auf „naturegegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern“⁴³ und leitet daraus heteronormative, angeblich „natürliche“ Geschlechterverhältnisse sowie ausschließlich auf die heterosexuelle Ehe bezogene Familienmodelle ab. Der diskriminierende Gehalt solcher Vorstellungen und Forderungen kann zusammen mit den Betroffenen und ihren Organisationen einem möglichst breiten, interessierten Adressat_innenkreis bekannt gemacht werden.

43. Vgl. das Grundsatzprogramm der AfD, a.a.O., S. 56 (unter der Überschrift „Geschlechterquoten sind leistungsfeindlich und ungerecht“).

IV. Umgang mit Rechtspopulismus im Parlament

„Zwischen kalkulierter Provokation und bürgerlicher Inszenierung“ – Zwei Strategien des Rechtspopulismus

Die konkrete Arbeit der AfD in Kommunalvertretungen und Landesparlamenten fällt regional höchst unterschiedlich aus. Einige übergreifende Tendenzen lassen sich allerdings feststellen.

Die AfD nutzt dasjenige Repertoire, das bereits in der Vergangenheit bei rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien zu beobachten war: Im Wissen um die zu erwartenden Reaktionen demokratischer Akteur_innen platzieren ihre Vertreter_innen gezielte Tabubrüche und Skandalisierungen, um sich danach als Opfer des „Altparteienkartells“, der „Meinungsdiktatur der Lügenpresse“, des „Tugendterrors der Gutmenschen“ usw. zu inszenieren.⁴⁴

Auch ein instrumentelles Verhältnis zu konstruktiver parlamentarischer Tätigkeit wird sichtbar: Viele AfD-Mandatsträger_innen sind (noch) nicht in der Lage, die Erfordernisse einer sachorientierten Parlamentsarbeit zu bewältigen⁴⁵. Entscheidend ist jedoch etwas anderes: Die AfD ist an einer konstruktiven Teilnahme an parlamentarischen Prozessen nur wenig interessiert. Vielmehr funktionalisiert sie die Parlamentsarbeit propagandistisch, wobei sie in hohem Maße und auf zunehmend professionelle Weise soziale Medien wie Facebook, Twitter und YouTube nutzt. Aber auch klassischer Medien bedient sie sich, um Aufmerksamkeit für selbst inszenierte Skandale der AfD zu erregen.

Aufschlussreich ist, wie viele AfD-Abgeordnete das Instrument der parlamentarischen Anfragen nutzen. Mitunter sollen durch das Stellen von Anfragen nur die für die Beantwortung zuständigen Behörden überlastet werden.⁴⁶ In vielen anderen Fällen will die AfD auch an Zahlenmaterial gelangen, mit dem rassistische Angst- und Neidkampagnen befeuert werden sollen. Typische Beispiele hierfür sind Anfragen, bei denen es um einen vermeintlichen Zusammenhang zwischen der Unterbringung Geflüchteter, einer erhöhten Kriminalitätsentwicklung und finanziellen Problemen von Ländern und Kommunen geht. Eine andere häufige Vorgehensweise ist, den Fokus auf linke Militanz zu legen, rechtsextreme Bedrohungspotenziale jedoch auszublenden.⁴⁷ Immer deutlicher wird zudem eine Strategie, mit der durch parlamentarische Anfragen und die Verbreitung über eigene (soziale) Medienkanäle kulturelle und soziale Einrichtungen sowie im Bereich der Demokratieförderung oder Migrationsarbeit engagierte Projekte angegriffen, diskreditiert und delegitimiert werden sollen. Parlamentarier_innen der AfD nutzen darüber hinaus oft aggressives Pöbeln als Form der Öffentlichkeitsarbeit.⁴⁸

Parallel dazu bemühen sich Abgeordnete und Fraktionen der AfD häufig jedoch auch um ein betont bürgerlich-seriöses und staatstragendes Auftreten. Das Image einer liberal-konservativen, an pragmatischer politischer Mitgestal-

44. Im Strategiepapier des AfD-Bundesvorstands „AfD – Manifest 2017“ heißt es dazu auf S. 10f.: „Die AfD muss [...] ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein [...] und auch vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken. [...] Je nervöser und je unfairer die Altparteien auf Provokationen reagieren desto besser. Je mehr sie versuchen, die AfD wegen provokanter Worte oder Aktionen zu stigmatisieren, desto positiver ist das für das Profil der AfD.“

45. Hierzu liegen erste wissenschaftliche Auswertungen vor, etwa: Benno Hafeneeger u.a.: AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure, Wochenschau-Verlag: 2018, insb. S. 133 und 140f., sowie Wolfgang Schroeder u.a.: WZB-Studie: Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.), Berlin: 2017, insb. S. 40f.

46. So beschäftigte die Fraktion der AfD im Sächsischen Landtag die sächsische Verwaltung mit einer 630 Fragen umfassenden Großen Anfrage, siehe Leipziger Volkszeitung: Sachsens AfD stellt 630 Fragen an die Landesregierung – Häme im Netz, unter: <http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Frauke-Petry-stellt-630-Fragen-an-Sachsens-Regierung-Haeme-im-Netz> (Zugriff am 05.05.2017). Im SWR wird die AfD von den anderen Parteien dafür kritisiert, ihren „Informationsbedarf“ im Landtag von Baden-Württemberg als „Kampfinstrument“ zu

tung interessierten Oppositionspartei möchte ein Teil der AfD weiterhin pflegen. Vielfach wird versucht, Anliegen von Bürger_innen im Stile einer „Kümmerer-Partei“ aufzugreifen. Wie genau sich das Verhältnis zwischen der Strategie der ideologischen Provokation und des kalkulierten Tabubruchs auf der einen und der Strategie der bürgerlich-seriösen Selbstinszenierung auf der anderen Seite in den einzelnen Parlamenten und Gremien gestaltet, hängt von mehreren Faktoren ab. Das Verhältnis der beiden Strategien wird insbesondere davon beeinflusst, wie sich die Auseinandersetzungen zwischen den einflussreichen Personen und Fraktionen innerhalb der AfD entwickeln. Wichtig ist aber, dass beide Strategien ineinander greifen und genau das sollte von den demokratischen Akteur_innen erkannt und aufgedeckt werden.

In jedem Fall wird die AfD noch mehrere Jahre lang in den Parlamenten, in die sie bereits eingezogen ist, aktiv sein. Zudem ist es wahrscheinlich, dass sie in weitere Parlamente und kommunale Gremien einziehen wird. Sie erlangt dadurch Zugang zu Ausschüssen, erhält Fraktionsrechte und Einsicht in Unterlagen, hat Mitsprache- und Entscheidungsrechte, bekommt Zugriff auf öffentliche Gelder; sie sitzt in Verwaltungen, erhält Medienpräsenz und eigene Veröffentlichungsmöglichkeiten, Mitarbeiter_innen-Stellen, Arbeitsmittel und anderes mehr. Mit solchen Ressourcen ist eine Verstärkung ihrer Aktivitäten innerhalb wie außerhalb des parlamentarischen Rahmens möglich – auch und gerade als parlamentarischer Arm der neuen Bewegung von rechts.

Folgenreich dürfte der Anspruch auf finanzielle Unterstützung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung durch Mittel des Bundes sein, der in den nächsten Jahren wirksam wird. Dadurch könnte die AfD „freie“ Rechtsintellek-

tuelle einbinden und ein entsprechendes Umfeld aufbauen. Außerdem konnte die AfD bereits auch unabhängig von einer Stiftung eigene Medienkanäle aufbauen und wird voraussichtlich auch politische Vorfeldorganisationen etablieren – ihre Präsenz in Parlamenten verschafft der Partei die dazu erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen.

Strategien erkennen und nicht in die Falle tappen

Hinter der Kritik von Rechtspopulist_innen an der bundesdeutschen Demokratie steht oft der Wunsch nach deren Einschränkung oder Delegitimierung. Vordergründig wird mehr direkte Demokratie gefordert, zum Beispiel Volksentscheide auf Bundesebene oder eine Direktwahl des Bundespräsidenten. Im Kern handelt es sich dabei aber um einen Angriff auf Grundpfeiler der Demokratie wie Gewaltenteilung, Minderheiten- und Menschenrechte sowie um den Versuch, Regierungshandeln gegenüber dem parlamentarischen Handeln zu stärken und damit die Kontrolle des Parlaments gegenüber der Regierung zu schwächen. Entscheidungen, die sich über die Rechte von Minderheiten hinwegsetzen, sind mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Dort sind unter anderem in den Artikeln I und III die Gleichwertigkeit aller Menschen und die Unveräußerlichkeit der Menschenrechte festgeschrieben. Die Berücksichtigung der Interessen von Minderheiten und die Teilung der Gewalten, die über deren Belange entscheiden, gehören zum Kern des Grundgesetzes und sind eine Lehre aus der deutschen Geschichte. Rechtspopulist_innen wollen also Parlamente gerade dort schwächen, wo demokratische Grundrechte von Minderheiten oder sozial Schwächeren geschützt werden. Diesen Zweck von Forderungen nach mehr direkter Demokratie sollten Abgeordnete bei ihrer parlamentarischen Auseinandersetzung mit der AfD kennen.

nutzen, siehe unter: <http://www.swr.de/swraktuell/bw/kleine-anfragen-der-afd/-/id=1622/did=19110538/nid=1622/10ahjre/> (Zugriff am 05.05.2017).

47. So rügte der AfD-Abgeordnete Jan Wenzel Schmidt in einer parlamentarischen Anfrage im Landtag Sachsen-Anhalt die Landesregierung für ihre „ideologisch bedingte Auslassung“ bei der Veröffentlichung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik, ignorierte aber die Antwort der Landesregierung, als diese erdrückende Zahlen zu rechtsmotivierter Gewalt enthielt, siehe Steven Geyer: Politische Kriminalität. AfD-Anfrage geht nach hinten los, unter: <http://www.mz-web.de/politik/politische-kriminalitaet-afd-anfrage-geht-nach-hinten-los-24675574> (Zugriff am 05.05.2017).
48. Fortgesetzte Verstöße von AfD-Abgeordneten gegen die Geschäftsordnungen unterschiedlicher Landesparlamente führten bereits mehrfach zu Sitzungsaus-schlüssen, vgl. Spiegel Online: AfD-Abgeordneter muss nach Pöbeleien den Saal verlassen, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thueringen-afd-abgeordneter-poebelt-im-landtag-und-wird-des-saaes-verwiesen-a-1093188.html>. Vgl. auch Hamburger Abendblatt: AfD-Politiker fliegt nach Merkel-Attacke aus der Bürgerschaft, unter: <http://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article209792987/AfD-Politiker-beleidigt-Merkel-und-fliegt-aus-Buer-gerschaft.html> (Zugriff am 05.05.2017).

“ Wie genau argumentieren AfD-Abgeordnete im parlamentarischen Prozess? Mit welchen Begriffen soll die Agitation der AfD bezeichnet werden?

49. Solche Verbindungen gibt es zahlreiche. Vgl. beispielhaft hierzu die Recherche der taz „Das Netzwerk AfD“, online unter <http://www.taz.de/!t5495296/> (Zugriff am 9.3.2019), Matthias Wyses: Verfassungsschutz sieht Verbindungen von Rechtsextremen zur AfD, online unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verfassungsschutz-kontakte-von-rechtsextremen-zur-afd-15771439.html> (Zugriff 9.3.2019) sowie die Studie beim Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena: Axel Salheiser: Fließende Übergänge der Demokratiegefährdung: Die „Kulturrevolution von rechts“ und die Rolle der AfD Thüringen, online unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Fließende_Übergänge_der_Demokratiegefährdung.pdf (Zugriff am 9.3.2019).

50. So spricht sich die Partei in ihrem Grundsatzprogramm, wie oben schon erwähnt, dafür aus, die „aktuelle Verengung“ der deutschen Erinnerungskultur auf die Verbrechen des Nationalsozialismus zugunsten einer positiven, identitätsstiftenden Geschichtsbetrachtung „aufzubrechen“, siehe Grundsatzprogramm der AfD, a.a.O., S. 48 (unter der Überschrift „Kultur und Kunst von Einflussnahme der Parteien befreien“). Wahlplakate der AfD zeigten wiederholt Parallelen zu denen der rechtsextremen NPD.

Verbindungen von Rechtspopulist_innen zum Rechtsextremismus offenlegen

Gibt es bei Rechtspopulist_innen Überschneidungen und Verbindungen zur Neuen Rechten oder zu rechtsextremen Inhalten, etwa bei einzelnen AfD-Abgeordneten oder parlamentarischen Mitarbeiter_innen, müssen

diese offengelegt und thematisiert werden. Dies gilt zunächst für einzelne Personen mit rechtsextremer Biografie oder mit nachweisbaren Verbindungen zur rechtsextremen Szene innerhalb der Partei und ihres parlamentarischen Apparats.⁴⁹ Überschneidungen mit dem Rechtsextremismus gibt es auch bei programmatischen Aussagen und Wahlkampfparolen der AfD⁵⁰, beim öffentlichen Auftreten und im Erscheinungsbild sowie in der Rhetorik ihrer Protagonist_innen.⁵¹ Dort, wo die Aussagen von Rechtspopulist_innen klar rassistisch und/oder rechtsextrem sind, müssen Parlamentarier_innen deutlich widersprechen. Solche Äußerungen sind keine Zufälle oder Ausrutscher, sondern liegen in der Programmatik und Grundhaltung rechtspopulistischer Parteien begründet und sind Teil ihrer Strategie. Menschenfeindliche Positionen, die auch in der „Mitte der Gesellschaft“ vorhanden sind, werden aufgegriffen und in rassistischer Weise verschärft, um so den gesellschaftlichen Diskurs insgesamt nach rechts zu verschieben. Dies begünstigt die Verbreitung rechtsextremer Positionen, stärkt rechtsextreme Akteur_innen und legitimiert deren Taten.

Den Umgang mit der AfD überparteilich abstimmen

Damit demokratische Parteien oder Wähler_innengemeinschaften sowohl angemessen reagieren als auch ihre Kräfte gezielt einsetzen können, sollten sie sich miteinander über den Umgang mit der AfD verständigen. Der Konsens sollte mit so

vielen Parteien wie möglich gesucht werden und sowohl inhaltlich entschieden als auch formal korrekt sein. Sinnvoll ist es, diejenigen Punkte schriftlich zu fixieren und öffentlich zu machen, in denen Konsens über die Auseinandersetzung mit der AfD besteht. Dabei ist einzukalkulieren, dass solche Verabredungen die rechtspopulistische Rhetorik vom „Kartell der Altparteien“ befeuern werden. Um die eigenen Ressourcen effektiv einzusetzen, sollten einige der gezielten Provokationen der AfD ggf. auch einmal ignoriert, jedoch rassistische und menschenverachtende Äußerungen sowie entsprechende parlamentarische Initiativen klar zurückgewiesen werden. Inhaltlich bedarf es gemeinsamer Sprach- und Diskussionsregeln der Abgeordneten gegenüber der AfD:

– **Wie genau argumentieren AfD-Abgeordnete im parlamentarischen Prozess? Mit welchen Begriffen – etwa Rechtspopulismus, Rechtsextremismus oder Völkischer Nationalismus – soll die Agitation der AfD bezeichnet werden?**

– **Wann sind Grenzen überschritten, und wie reagieren die Demokrat_innen darauf?**

– **Soll mit AfD Vertreter_innen diskutiert werden? Wie und worüber sollte gegebenenfalls mit ihnen diskutiert werden?**

– **Im formalen Umgang mit Rechtspopulismus gilt es zum Beispiel gemeinsam festzulegen:**

· Wer reagiert stellvertretend für alle? Wie wird mit der Teilnahme der AfD an bestimmten Gremien und bei öffentlichen Auftritten, mit ihren Anträgen und ihrem Abstimmungsverhalten usw. umgegangen? Wo sollte sie ausgeschlossen oder nicht aufgenommen werden?

· Wie wird mit Anfragen und Forderungen umgegangen?

Transparenz gegenüber den Wähler_innen herstellen

Gegenüber der Öffentlichkeit und den Wähler_innen

innen muss der Umgang mit Rechtspopulist_innen wie der AfD erklärt und begründet werden. Dabei sollten Parteien darauf vorbereitet sein, auch ablehnende Reaktionen zu erhalten. In einem solchen Fall ist es wichtig, die eigene Haltung zu bewahren und auch in öffentlichen Debatten glaubhaft darzustellen.

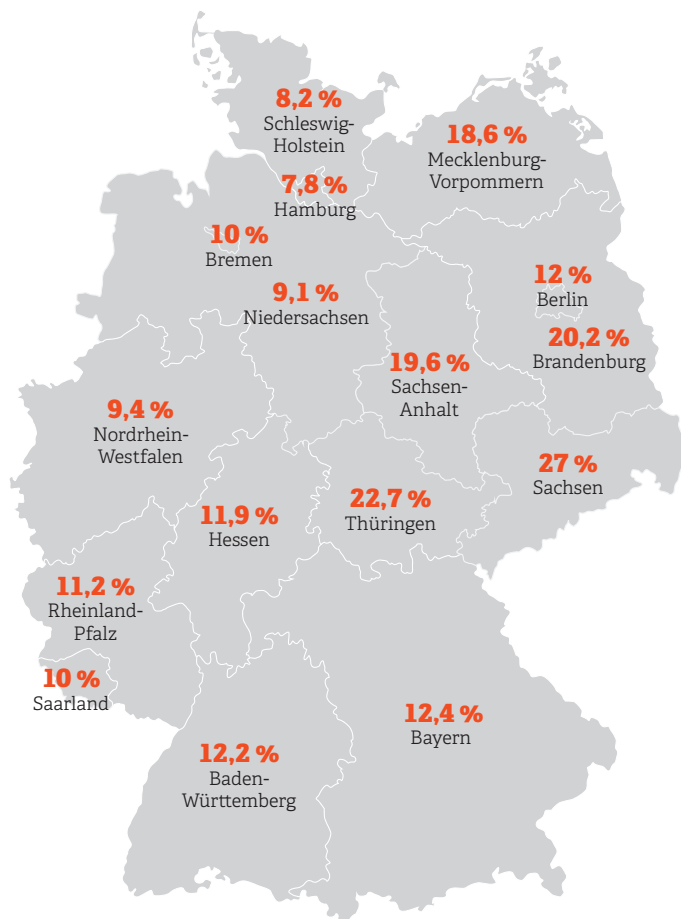
Konstruktiven Streit über Unterschiede führen

Rechtspopulistische Parteien wie die AfD bieten keine konstruktive Sachpolitik und keine tragfähige Lösung für gesellschaftliche Probleme an. Vielmehr profitieren sie von einer Verschärfung gesellschaftlicher Spannungen, schüren Angst, verstärken Verunsicherung und Ausgrenzung. Rechtspopulistische Parteien sind erfolgreich, wenn andere Parteien keine inhaltlichen Kontroversen bieten und kein konstruktiver Streit um unterschiedliche Konzepte und Lösungs-

ideen erkennbar ist. Vielen Bürger_innen fällt es schwer, die programmatischen Unterschiede zwischen demokratischen Parteien zu erkennen und zu deuten. Die Attraktivität der vorgeblichen „Alternative“ für Deutschland steht und fällt mit der Attraktivität und Vitalität der demokratischen (Gegen-) Konzepte.

Mehrheiten klarstellen

Die überwiegende Mehrheit der bundesdeutschen Wahlberechtigten wählt die AfD nicht. Viele Menschen engagieren sich im Gegenteil in der Unterstützung Geflüchteter oder in sozialen Projekten. Die große Mehrheit der Menschen schätzt Errungenschaften wie Demokratie und Menschenrechte. Diese Mehrheiten zu benennen und aus einer Position der Stärke heraus zu agieren, ist sowohl für die öffentliche Kommunikation als auch für die Auseinandersetzung mit der AfD und der neuen Bewegung von rechts geboten.



12,6 Prozent der Stimmberechtigten haben bei der Bundestagswahl 2017 der AfD ihre Zweitstimme gegeben. Das bedeutet knapp sechs Millionen Menschen haben ihr Kreuz bei der AfD gemacht.

51. Hierzu stellt das Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz unter D.1 Die AfD als Prüffall u.a. fest: „Gleichwohl nutzen Führungsfunktionäre kontinuierlich Begriffe, die jedenfalls eine Parallele zum rechtsextremistischen Diskurs erkennen lassen.“ Online unter https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/#2019-01-15_BfV-AfD-Gutachten_D (Zugriff am 9.3.2019). Vgl. etwa auch Heidrun Deborah Kämper: Das Grundsatzprogramm der AfD und seine historischen Parallelen. Eine Perspektive der Politologin, in: Sprachreport 2/2017, S. 1-21, online unter https://ids-pub.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/6190/file/Kaemper_Das_Grundsatzprogramm_2017.pdf (Zugriff am 9.3.2019) sowie Thomas Nier: Rechtspopulistische Lexik und die Grenze des Sagbaren, online unter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240831/rechtspopulistische-lexik-und-die-grenzen-des-sagbaren> (Zugriff am 9.3.2019)

V. Umgang mit Rechtspopulismus in der Kommune

Verantwortung vor Ort übernehmen

Rechtspopulist_innen argumentieren und verunglimpfen politische Verantwortungsträger_innen pauschal als „die da oben“, „die Altparteien“ u.Ä. und beklagen die mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten „der kleinen Leute“.

Gerade die Kommune und das direkte Lebensumfeld der Menschen bieten aber ein großes Gestaltungs- und Veränderungspotenzial für den_die Einzelne_n. Es liegt in der Macht der

kommunalen Mandats- und Entscheidungsträger_innen, dieses Gestaltungspotenzial gemeinsam mit den Bürger_innen zu nutzen und so der politischen Verantwortung vor Ort gerecht zu werden. So können Einzelpersonen und Gruppen ihre konkreten Interessen und Ideen aktiv einbringen und damit ihrerseits Verantwortung vor Ort übernehmen. Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in der Kommune kann dazu beitragen, dass Rechtspopulist_innen ihre Handlungsräume entzogen werden.

“ Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in der Kommune kann dazu beitragen, dass Rechtspopulist_innen ihre Handlungsräume entzogen werden.



Die Perspektive ändern: Wer soll erreicht werden?

Oft werden in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus diejenigen in den Fokus genommen, die bereits zum ideologisch gefestigten Kern der Mitglieder- und Anhänger_innenschaft gehören und an Aktivitäten entsprechender Parteien und Zusammenschlüsse teilnehmen. Vergessen wird dabei häufig, dass es deutlich mehr Menschen gibt, die unentschlossen, zweifelnd oder schwankend und deshalb eher passiv sind. Darüber hinaus gibt es einen großen Teil in der Bevölkerung, der sich positiv auf die Demokratie und die Menschenrechte bezieht und zu ihrer Verteidigung mobilisiert werden kann. Die Frage, wie die Argumente gegen Rechtspopulismus eine möglichst breite Öffentlichkeit erreichen, sollte eher im Vordergrund stehen als das argumentative Anrennen gegen ideologisch gefestigte Rechtspopulist_innen.



“ Die Frage, wie die Argumente gegen Rechtspopulismus eine möglichst breite Öffentlichkeit erreichen, sollte im Vordergrund stehen.

Regionale Unterschiede berücksichtigen

In einigen Regionen haben Rechtspopulist_innen keine Berührungspunkte gegenüber rechtsextremen oder offen rassistischen Gruppen, in anderen Regionen grenzen sie sich hingegen zumindest vorgeblich ab. In einigen Kommunen treten sie unbeholfen auf, in anderen professionell. Auch lässt sich beobachten, dass die Protagonist_innen etwa der AfD in einigen Regionen ausgesprochen höflich und in anderen eher unflätig und aggressiv in Erscheinung treten. In der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus sind diese regionalen Unterschiede zu berücksichtigen. Zur Unterstützung der eigenen Wahrnehmung und zur Entwicklung von Handlungsstrategien ist es sinnvoll, regionale Fachrunden zu bilden, an denen Politiker_innen, Engagierte und gegebenenfalls Wissenschaftler_innen und Expert_innen der Mobilien Beratung teilnehmen, um Ideen und Konzepte den regionalen Gegebenheiten anzupassen.

Grundsätzlich gilt jedoch bei allen regionalen Unterschieden, dass die offensive, öffentliche Thematisierung von demokratiefeindlichen, sozialchauvinistischen oder rassistischen Positionen dazu beitragen kann, die Selbstinszenierung der Rechtspopulist_innen als „die einzig wahre demokratische Alternative“ vor Ort in Frage zu stellen.

52. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus hat zu diesem Thema im Herbst 2016 unter dem Titel „Impulse für den Umgang mit Rechtspopulismus im kirchlichen Raum“ eine empfehlenswerte Handreichung veröffentlicht, unter: http://bagkr.de/wordpress/wp-content/uploads/2015/07/Broschu%C3%88re_BAG-KR_2017_2verbesserte-Aufgabe_web.pdf (Zugriff am 21.07.2017).

53. So hat die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen 2018 die Broschüre „Antifeminismus als Demokratiegefährdung? Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus“ mit praxisorientierten Handlungsempfehlungen herausgegeben, online unter https://www.frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/antifeminismus_als_demokratiegefahrdung.pdf (Zugriff am 9.3.2019).

54. Aus unterschiedlichen Gewerkschaften gibt es hierzu Veröffentlichungen und Stellungnahmen, beispielhaft sei hier auf die Argumentationshilfe des DGB NRW „Argumente gegen Rechtspopulisten – AfD im Fokus“ hingewiesen: <https://nrw.dgb.de/gewerkschaften-gegen-rechts-++co++a99f1ce0-0883-11e6-aba3-52540023ef1a> (Zugriff am 9.3.2019).

55. Aus den Reihen der Wohlfahrtsverbände gibt es eine Vielzahl von Positionierungen und Publikationen, beispielhaft sei hier die Broschüre „Umgang mit Rechtspopulismus. Eine Handreichung für die Diakonie“ genannt, online unter https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Broschuere_PDF/2018-10-17_umgang_mit_rechtspopulismus.pdf (Zugriff am 9.3.2019)

56. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) analysiert beispielsweise die Programmatik der Partei in der Broschüre „Bewertung des AfD-Grundsatzprogramms“, online unter https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/bund/bund_bewertung_afd_grundsatzprogramm.pdf (Zugriff am 9.3.2019)

VI. Selbstvergewisserung und klare Grenzen

Aus einer Position der Stärke und der eigenen Expertise sprechen

Jede Institution und jede Organisation sollte einen den jeweiligen Ressourcen entsprechenden eigenen Zugang zum Umgang mit Rechtspopulismus finden.

Die Auseinandersetzung ist vor allem dann effektiv, wenn sie aus der Position der eigenen Stärke und Expertise geführt wird. Gruppen und Organisationen sollten sich fragen, wie die AfD zu den Kernthemen der eigenen Institution steht und daraus eigene Argumentationslinien entwickeln. So können sich Kirchengemeinden und -verbände fragen, was die AfD zur Nächstenliebe und zur Unterstützung „der Schwachen“ sagt.⁵² Feministische Gruppen können sich mit den Aussagen zu Gender und zu Familienbildern der AfD beschäftigen⁵³; Gewerkschaften können die Folgen der Programme und Forderungen der AfD für Arbeitnehmer_innen untersuchen⁵⁴. Sozialverbände können sich dafür interessieren, welche Auswirkungen die Politik der AfD für prekarierte, Kinder und Jugendliche, Senior_innen oder Menschen mit Behinderungen hätte⁵⁵, Umweltverbände können sich mit den Konsequenzen der Programmatik der Partei beschäftigen⁵⁶.

“ Die Anerkennung der Allgemeinen Menschenrechte ist im Artikel I des Grundgesetzes festgeschrieben und nicht verhandelbar.

Empathie als Ressource für eine friedliche Gesellschaft erkennen

Die aggressive Ablehnung von Geflüchteten und das Vertreten rechtspopulistischer Positionen gehen oft mit einem Verlust von Empathie einher. Ohne diese Fähigkeit zum Mitgefühl ist jedoch eine solidarische Gesellschaft nicht möglich. Wenn wir den Verlust von Empathie konstatieren, müssen wir über Formen und Ansätze frühkindlicher Bildung nachdenken und nach Versäumnissen in diesem Bereich fragen, denn Empathie ist eine Fähigkeit, die sich Kinder im Vorschul- und Grundschulalter aneignen. Ein erster Schritt kann die Unterstützung engagierter, sich an den Menschenrechten orientierender Erzieher_innen und Lehrender sein, um diese in ihrer Arbeit für eine offene, vielfältige Gesellschaft zu stärken.

Menschenrechte als unveräußerlich kommunizieren

Die Anerkennung der Allgemeinen Menschenrechte ist im Artikel I des Grundgesetzes festgeschrieben und nicht verhandelbar. Es kann zum Beispiel keine Diskussion darüber geführt werden, ob Geflüchtete menschenwürdig untergebracht werden sollen oder nicht, sondern lediglich darüber, wie eine menschenwürdige Unterbringung gestaltet werden kann.

VII. Zum Weiterlesen

Seit der Gründung der AfD im Jahr 2013 sind verschiedene Publikationen, Studien und Handreichungen erschienen, die sich mit der Partei, aber auch mit dem Phänomen des Rechtspopulismus und einer sozialen Bewegung von rechts auseinandersetzen.

Im folgenden ersten Teil der Empfehlungen werden zunächst Handreichungen und Broschüren für die praktische Auseinandersetzung vor Ort aufgeführt. Im zweiten Teil sind regionale Analysen zur AfD und ihrem Umfeld von Mobilien Beratungsteams aus unterschiedlichen Bundesländern zusammengestellt, im dritten Teil schließlich wissenschaftliche Beiträge zu Hintergründen und Kontexten.

1. Handreichungen und Praxishilfen

- **Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.):** Positionieren. Konfrontieren. Streiten. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. 2017
- **BAG Kirche und Rechtsextremismus u.a. (Hrsg.):** Impulse für den Umgang mit Rechtspopulismus im kirchlichen Raum. Berlin: 2016.
- **Das Progressive Zentrum:** Handreichung zur Förderung einer demokratischen Debattenkultur. Berlin: 2018.
- **Diakonie Deutschland:** Umgang mit Rechtspopulismus. Eine Handreichung für die Diakonie. Berlin: 2018.
- **Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hrsg.):** Von der Reaktion zur Aktion. Diskursstrategien gegen Rechtspopulismus. Von Johannes Hillje in der Reihe „Expertisen für Demokratie“. Berlin: 2018
- **Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (Hrsg.):** Der richtige Umgang mit rechtsradikalen Parolen. Kommunikationsratgeber. Potsdam: 2017.
- **Gäbler, Bernd:** AfD und Medien. Analysen und Handreichungen (OBS-Arbeitsheft 92, Hrsg.: Otto-Brenner-Stiftung). Frankfurt/Main: 2017.
- **Heinrich-Böll-Stiftungsverband (Hrsg.):** „Linksgrün-versifft?“ Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene. Dresden: 2018.
- **IG Metall-Vorstand (Hrsg.):** Rechtspopulismus entgegentreten. Strategien zum Umgang mit AfD, Pegida und Co. Arbeitsheft für Referent(inn)en der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Frankfurt/Main: 2016.
- **Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.):** Mit Haltung gegen Populismus. Erfahrungen aus Europa. St. Augustin/Berlin: 2018.

- **Kulturbüro Sachsen (Hrsg.):** Dialog? Dialog! – Reden. Mit wem und in welchem Rahmen. Handreichung zu Dialogveranstaltungen über die Themen Flucht und Asyl vor Ort für Initiativen, Politik und Verwaltung. Dresden: 2016.
- **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, Verein für demokratische Kultur in Berlin (Hrsg.):** Wi[e]der sprechen: Über die Auseinandersetzung mit der Alternative für Deutschland und die Notwendigkeit über Demokratie zu sprechen. Berlin: 2015.
- **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Nordrhein-Westfalen/Landesintegrationsrat NRW:** Mit Rechten streiten?! Zum Umgang mit rechtspopulistischen und rassistischen Herausforderungen. Münster: 2016.
- **Pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven (Hrsg.):** Hinter der Fassade! Rechtspopulistische Strategien und Argumentationsmuster. Bremen: 2014.
- **Weiterdenken e.V. (Hrsg.):** Zur Sache! Was die AfD wirklich will. Dresden: 2017.
- **ARUG/ZDB und WABE e.V.:** Handreichung zum kommunalpolitischen Umgang mit der AfD in Niedersachsen. Wolfsburg/Verden (Aller): 2017.
- **Miteinander e.V. (Hrsg.):** Die AfD vor den Landtagswahlen. Magdeburg: 2016.
- **Miteinander e.V. (Hrsg.):** Grüße an die Volksgemeinschaft. Die AfD in Sachsen-Anhalt im Vorwahlkampf. Magdeburg: 2016.
- **Miteinander e.V. (Hrsg.):** Kulturkampf von rechts. Ein Jahr AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt. Halle: 2017.
- **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW:** Extrem rechte und rechtspopulistische Parteien in NRW. Analyse zum Wahlkampf und den Ergebnissen bei der Landtagswahl 2017. Wuppertal: 2017
- **Mobiles Beratungsteam Hessen:** Neue Nachbarn. Rechtspopulismus in Hessen. Kassel: 2017.

2. Regionale Studien und Analysen Mobiler Beratungsteams

- **Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Hrsg.):** Die neue Partei am rechten Rand. Programm und Positionen der Alternative für Deutschland (AfD). Potsdam: 2016
- **Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.):** Antritt von rechts. Ein Überblick über Wahlantritte rechter Parteien zu den Berliner Wahlen im September 2016. Berlin: 2016.

- **mobim – Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster (2016):** „Schwarz-rot-gold ist bunt genug“ – Die Alternative für Deutschland im Regierungsbezirk Münster. Politische Positionen, Organisation und Auftreten einer rechtspopulistischen Partei. Münster: 2016.

3. Beiträge aus Wissenschaft und Publizistik

- **Bender, Justus:** Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland. München: 2017.
- **Correctiv.org (Hrsg.):** Schwarzbuch AfD: Fakten, Figuren, Hintergründe. Essen: 2017.

- **Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.):** Mut zur Wahrheit? Entstehungskontext, Entwicklung und gesellschaftspolitische Positionen der „Alternative für Deutschland“. Hintergrundinformationen und Analysen erstellt vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/ Neonazismus der FH Düsseldorf. Berlin: 2014.
- **Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hrsg.):** Die AfD. Partei des rechten Wutbürgerturns am Scheideweg. Berlin: 2015.
- **Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (Hrsg.):** AfD – Feinde der Freiheit. Kurzanalyse zur Programmatik. Berlin: 2016.
- **Hafeneger, Benno u.a.:** AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure. Schwalbach/Ts.: 2018.
- **Häusler, Alexander (Hrsg.):** Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: 2016.
- **Heinrich Böll Stiftungsverband (Hrsg.):** Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Berlin: 2016.
- **Kemper, Andreas:** Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise. Berlin: 2014.
- **Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.):** Die Aufsteiger. Die Alternative für Deutschland (Oskar Niedermayer). St. Augustin/Berlin: 2018.
- **Molthagen, Dietmar (Hrsg.):** Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Berlin: 2016.
- **Otto Brenner Stiftung (Hrsg.):** OBS-Arbeitspapier Nr. 20: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, Frankfurt am Main: 2016.
- **Ruhose, Fedor:** Die AfD im Deutschen Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur. Wiesbaden: 2019.
- **Speit, Andreas:** Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida. Zürich: 2016.
- **Sturm, Michael:** „Erweiterte Geschichtsbetrachtung“ – Die AfD und ihr Geschichtverständnis. In: IDA-NRW (Hrsg.): Überblick 1/2017. Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus in der historisch-politischen Bildungsarbeit. Düsseldorf: 2017.
- **Weiß, Volker:** Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: 2017.
- **Wildt, Michael:** Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Hamburg: 2017.

VIII. Die Mobilen Beratungsteams in den einzelnen Bundesländern

Mobile Beratungsteams unterstützen bundesweit Menschen, die sich vor Ort gegen Rechtsextremismus oder gegen Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren wollen.

Ziel der Mobilen Beratung ist die Stärkung einer demokratischen, an den Menschenrechten orientierten politischen Kultur. Mobile Beratung widmet sich darüber hinaus auch Fragestellungen, die sich aus neuen Entwicklungen in diesem Themenfeld ergeben. Dazu zählt unter anderem das Erstarken von rechtspopulistischen Zusammenschlüssen und Parteien.

Die Arbeit wird gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend sowie vielfach durch länderspezifische Projektförderung beziehungsweise im Rahmen der jeweiligen Landesprogramme.

Zu den Zielgruppen der Mobilen Beratungsteams zählen Einzelpersonen, Jugendeinrichtungen, Schulen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke, Politik und Verwaltung, Vereine, Gewerbetreibende und Verbände.

Unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten und Ressourcen entwickeln die Mobilen Beratungsteams gemeinsam mit den Menschen vor Ort situationsbezogene Handlungsstrategien, bieten Fortbildungen an und begleiten die Umsetzung von Aktionsplänen und Sozialraumanalysen.

Die Mobilen Beratungsteams unterstützen auch Menschen bei Unsicherheiten im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Positionen. Sie bieten thematische Workshops, Seminare und Fortbildungen an. Zudem können die Mobilen Beratungsteams gemeinsame Verständigungsprozesse in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus moderieren und begleiten. Dabei entwickeln sie die Lösungen stets in Augenhöhe mit den Menschen vor Ort und verstehen ihr Angebot als eine Hilfe zur Selbsthilfe.

Die im Bundesverband Mobile Beratung e.V. organisierten Mobilen Beratungsteams haben sich gemeinsamen Grundsätzen verpflichtet, die ausführlich im Papier „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze“⁴⁰ beschrieben sind. Zentral sind für Mobile Beratung die Orientierung an den Menschenrechten und die Beachtung der Kontexte der Beratungsnehmer_innen und ihrer Fragestellungen.

Informationen zu weiteren Beratungsstrukturen sind auf dieser Webseite zu finden: <https://www.demokratie-leben.de/programmpartner/demokratiezentren.html>. Hier sind die Angebote der „Demokratiezentren“ in den Bundesländern zusammengefasst. In der folgenden Aufstellung finden Sie die im Bundesverband Mobile Beratung e.V. vertretenen Mobilen Beratungsteams:

57. Siehe unter www.bundesverband-mobile-beratung.de die Webseite des Bundesverbandes Mobile Beratung.

Baden-Württemberg:

- Fachstelle Mobile Beratung

- 📍 Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung (LAGO)
Siemensstraße 11 · 70469 Stuttgart
 - ✉ beratungsnetzwerk@lago-bw.de
 - 🔗 <http://lago-bw.de/beratungsnetzwerk-gegen-rechtsextremismus.html>
 - ☎ 0711 – 89 69 15 23
-

Bayern:

- Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus

- 🔗 Gemeinsame Internetseite: www.lks-bayern.de

- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern

Büro Nordost

- 📍 Postfach 100926 · 93009 Regensburg
- ✉ mb-nordost@lks-bayern.de
- ☎ 0941 – 46528140

- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern

Büro Nordwest

- 📍 Postfach 440112 · 90206 Nürnberg
- ✉ mb-nordwest@lks-bayern.de
- ☎ 0911 – 92300454

- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern

Büro Süd

- 📍 Postfach 11 40 · 85552 Ebersberg
 - ✉ mb-sued@lks-bayern.de
 - ☎ 080 92 – 2509955
-

Berlin:





- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

- 📍 Verein für demokratische Kultur in Berlin – Initiative für Urbane Demokratieentwicklung e.V.
Gleimstraße 31 · 10437 Berlin
- ✉ info@mbr-berlin.de
- 🔗 www.mbr-berlin.de
- ☎ 030 – 817 98 58 10

Bremen:

- Pro aktiv gegen Rechts

Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven




-  Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V. (VAJA)
Bornstraße 14/15 · 28195 Bremen
 -  proaktiv@vaja-bremen.de
 -  <https://vaja-bremen.de/teams/pro-aktiv-gegen-rechts>
www.facebook.com/pro.aktiv.gegen.rechts
 -  0421 – 96 03 84 93
-

Brandenburg:

- demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung

-  Gemeinsame Internetseite: www.big-demos.de


- Mobiles Beratungsteam Angermünde

-  Berliner Straße 77 · 16278 Angermünde
-  mbt-angermuende@BIG-demos.de
-  033 31– 29 99 80




- Mobiles Beratungsteam Cottbus

-  Friedensplatz 6 · 03051 Cottbus OT Gallinchen
-  mbt-cottbus@BIG-demos.de
-  0355 – 430 24 41




- Mobiles Beratungsteam Frankfurt (Oder)

-  Postfach 1344 · 15203 Frankfurt (Oder)
-  mbt-ff@BIG-demos.de
-  0335 – 500 96 64

- Mobiles Beratungsteam Neuruppin

-  Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Alt Ruppiner Allee 40 · 16816 Neuruppin
-  mbt-neuruppin@BIG-demos.de
-  033 91 – 35 91 89

- Mobiles Beratungsteam Potsdam

-  Am Kanal 49 · 14467 Potsdam
-  mbt-potsdam@BIG-demos.de
-  0331 – 505 88 83

- Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Trebbin

- 📍 Bahnhofstraße 44 · 14959 Trebbin
 - ✉ mbt-trebbin@BIG-demos.de
 - 📞 0337 – 31 329 09
-

Hamburg:

- Mobiles Beratungsteam Hamburg gegen Rechtsextremismus

- 📍 c/o Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.
Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg
 - ✉ mbt@hamburg.arbeitundleben.de
 - 🔗 <https://hamburg.arbeitundleben.de/pb/mbt>
 - 📞 040 – 28 40 16-31, -61 und -68
-

Hessen:

- MBT Hessen

Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e.V.

- 📍 Richard-Roosen-Straße 11 · 34123 Kassel
- ✉ info@mbt-hessen.org
- 🔗 www.mbt-hessen.org
- 📞 0561 – 861 67 66

- Regionalstelle Süd

- 📍 Haus am Maiberg – Akademie für politische und soziale Bildung
Ernst-Ludwig-Straße 19 · 64646 Heppenheim/Bergstraße
 - ✉ info@haus-am-maiberg.de
 - 🔗 www.haus-am-maiberg.de
 - 📞 06252 – 93 06 23
-

Mecklenburg-Vorpommern:

- 🔗 Gemeinsame Internetseite: www.raa-mv.de/de/content/raa-regionalzentren-für-demokratische-kultur

- Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald

- 📍 c/o RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Steinstraße 10 · 17389 Anklam
- ✉ vorpommern@raa-mv.de
- 📞 03971 – 24 49 20

- **Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg**

- 📍 c/o RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Alexandrinienplatz 7 · 19288 Ludwigslust
 - ✉ westmecklenburg@raa-mv.de
 - 📞 03874 – 57 02 20
-

Niedersachsen:

- 🔗 Gemeinsame Internetseite: www.mbt-niedersachsen.de

- **Regionalbüro Nord/Ost**

- 📍 c/o WABE e.V.
Holzmarkt 15 · 27283 Verden
- 📞 rex@wabe-info.de
- 🔗 www.wabe-info.de
- 📞 04231 – 67 62 22

- **Regionalbüro Nord/West**

- 📍 c/o IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle e.V.
Klävemannstraße 16 · 26122 Oldenburg
- ✉ rex@ibis-ev.de
- 🔗 <http://ibis-ev.de/de>
- 📞 0157 – 3288 3589

- **Regionalbüro Süd/Ost**

- 📍 c/o Zentrum Demokratische Bildung (ZDB)
Heinrich-Nordhoff-Straße 73-77 · 38440 Wolfsburg
 - ✉ rex@arug-zdb.de
 - 🔗 www.arug-zdb.de
 - 📞 0152 – 0343 1429
-

Nordrhein-Westfalen:

- 🔗 Gemeinsame Internetseite: www.mobile-beratung-nrw.de

- **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg**

- 📍 c/o Amt für Jugendarbeit der EKvW
Iserlohner Straße 25 · 58239 Schwerte
- ✉ netzwerk@afj-ekvw.de
- 🔗 www.mbr-arnsberg.de
- 📞 023 04 – 755 190

- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold

- 📍 c/o Arbeit und Leben DGB/VHS im Kreis Herford
Kreishausstraße 6a · 32051 Herford
- ✉ info@mobile-beratung-owl.de
- 🌐 www.mobile-beratung-owl.de
- ☎ 052 21 – 17457-25

- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Düsseldorf

- 📍 c/o Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V.
Bendahler Straße 29 · 42285 Wuppertal
- ✉ mb@wuppertaler-initiative.de
- 🌐 www.wuppertaler-initiative.de/mobile-beratung-nrw
- ☎ 0202 – 56 32 809

- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln

- 📍 c/o NS-Dokumentationszentrum
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25 · 50667 Köln
- ✉ ibs@stadt-koeln.de
- 🌐 www.mbr-koeln.de
- ☎ 0221 – 22 12 79 632

- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster

- 📍 c/o Geschichtsort Villa ten Hompel
Kaiser-Wilhelm-Ring 28 · 48145 Münster
- ✉ kontakt@mobim.info
- 🌐 www.mobim.info
- ☎ 0251 – 49 27 109

Rheinland-Pfalz:

- 🌐 <https://demokratie-leben.rlp.de/de/beratungsangebot/bnw-rex>

- Beratungsknoten Westerwald/Altenkirchen

- ☎ 0172 – 18 56 261
- ✉ beratungsknoten-ww@lsjv.rlp.de

- Beratungsknoten Koblenz/Mittelrhein

- ☎ 0173 – 3 09 78 00
- ✉ beratungsknoten-ko@lsjv.rlp.de

- Beratungsknoten Trier/Eifel

- ☎ 0176 – 30 49 12 63
- ✉ beratungsknoten-tr@lsjv.rlp.de

- **Beratungsknoten Mainz/Rheinhessen/Nahe**

- ☎ 0163 – 4 14 52 36
- ✉ beratungsknoten-mz@lsjv.rlp.de

- **Beratungsknoten Nordwestpfalz**

- ☎ 0157 – 56 30 64 86
- ✉ beratungsknoten-ku@lsjv.rlp.de

- **Beratungsknoten Südwestpfalz**

- ☎ 0162 – 43 65 863
- ✉ beratungsknoten-ps@lsjv.rlp.de

- **Beratungsknoten Vorder- und Südpfalz**

- ☎ 0152 – 04 76 96 51
- ✉ beratungsknoten-lu@lsjv.rlp.de

- **Beratungsknoten Cochem/Rhein-Hunsrück/Rhein-Lahn**

- ☎ 0162 – 43 65 868
- ✉ Beratungsknoten-cohula@lsjv.rlp.de

- **Beratungsknoten Daun/Bernkastel-Wittlich/Birkenfeld**

- ☎ 0172 – 39 08 923
- ✉ beratungsknoten-dabebi@lsjv.rlp.de

Saarland:

- **Landesweite lokale Fachberatungsstelle Rechtsextremismus**

- 📍 Adolf-Bender-Zentrum e.V.
Gymnasialstraße 5 · 66606 St. Wendel
- ✉ netzwerk@adolf-bender.de
- 🌐 www.adolfbender.de/index.php?id=413
- ☎ 068 51 – 80 82 79-4

Sachsen:

- 🌐 Gemeinsame Internetseite: www.kulturbuero-sachsen.de

- **Mobiles Beratungsteam (MBT) – Regionalbüro Mitte-Ost**

- 📍 Kulturbüro Sachsen e.V.
Bautzner Straße 20 · 01099 Dresden
- ✉ mbt.mitte-ost@kulturbuero-sachsen.de
- ☎ 035 01 – 810 696 80

- Mobiles Beratungsteam (MBT) – Regionalbüro Nordwest

- 📍 Kulturbüro Sachsen e.V.
Hedwigstraße 20 · 04135 Leipzig
- ✉ mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de
- ☎ 0341 – 25 66 8000

- Mobiles Beratungsteam (MBT) – Regionalbüro Südwest

- 📍 Kulturbüro Sachsen e.V.
Henriettenstraße 5 · 09112 Chemnitz
- ✉ mbt.suedwest@kulturbuero-sachsen.de
- ☎ 0371 – 27 81 565

Sachsen-Anhalt:

- Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Anhalt

- 📍 Projekt GegenPart
Alternatives Jugendzentrum Dessau e.V.
Schlachthofstraße 25 · 06844 Dessau-Roßlau
- ✉ buero@projektgegenpart.org
- 🌐 www.projektgegenpart.de
- ☎ 0340 – 52 09 80 27

- Regionales Beratungsteam Sachsen-Anhalt Mitte

- 📍 Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Straße 30 · 39104 Magdeburg
- ✉ rbt.gs@miteinander-ev.de
- 🌐 www.miteinander-ev.de
- ☎ 0391 - 620 77 45

- Regionales Beratungsteam Sachsen-Anhalt Nord

- 📍 Miteinander e.V.
Chüdenstraße 4 · 29410 Salzwedel
- ✉ rbt.rzn@miteinander-ev.de
- 🌐 www.miteinander-ev.de
- ☎ 039 01 – 305 99 62

- Regionales Beratungsteam Sachsen-Anhalt Süd

- 📍 Miteinander e.V.
Platanenstraße 9 · 06114 Halle
- ✉ rbt.rzs@miteinander-ev.de
- 🌐 www.miteinander-ev.de
- ☎ 0345 – 523 72 14

- **Regionales Beratungsteam Süd-West**

- 📍 Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
Leipziger Straße 37 · 06108 Halle
 - ✉ rbt.sw@freiwilligen-agentur.de
 - 🔗 www.freiwilligen-agentur.de/themen-und-projekte/engagement-fuer-vielfalt-und-demokratie/regionales-beratungsteam-suedwest
 - ☎ 0345 – 69 49 21 80
-

Schleswig-Holstein:

- 🔗 Gemeinsame Internetseite: www.rbt-sh.de/kontak

- **Regionales Beratungsteam Flensburg – AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.**

- 📍 Sibeliusweg 4 · 24109 Kiel
- ✉ rbt.flensburg@beranet-sh.de
- ☎ 0461 – 48 06 51 60

- **Regionales Beratungsteam Itzehoe – AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.**

- 📍 Sibeliusweg 4 · 24109 Kiel
- ✉ rbt.itzehoe@beranet-sh.de
- ☎ 048 21 – 77 96 012

- **Regionales Beratungsteam Kiel – AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V. und Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. – Fachstelle für Prävention**

- 📍 Holtenauer Straße 238 · 24106 Kiel
- ✉ rbt.kiel@beranet-sh.de
- ☎ 0431 – 26 06 873

- **Regionales Beratungsteam Lübeck – AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.**

- 📍 Sibeliusweg 4 · 24109 Kiel
 - ✉ rbt.luebeck@beranet-sh.de
 - ☎ 0451 – 79 88 418
-

Thüringen:

- **Mobile Beratung in Thüringen – Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus – MOBIT e.V.**

- 📍 Schillerstraße 44 · 99096 Erfurt
- ✉ mail@mobit.org
- 🔗 www.mobit.org
- ☎ 0361 – 21 92 694

VIII. Impressum

Sitz des Bundesverbands ist Dresden.

Hier erreichen Sie den Verein unter:

- 📍 Bundesverband Mobile Beratung e.V.
Bautzner Straße 45 · 01099 Dresden
- ☎ 0351 – 500 54 16
- ✉ kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de

Die vorliegende Publikation wurde vom Bundesverband Mobile Beratung e.V. in Kooperation mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin und dem Kulturbüro Sachsen e.V. herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Grit Hanneforth, Sprecherin des Bundesverbandes Mobile Beratung e.V.,
Bianca Klose, Projektleiterin der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

Redaktionsschluss: 02.05.2019

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor_innen die Verantwortung.

Autor_innen und Redaktion: Friedemann Bringt, Simon Brost, Grit Hanneforth, Heiko Klare,
Bianca Klose, Michael Nattke, Mathias Wörsching

Lektorat: Frank Engster

Quellennachweis Titel: Zitat auf der Titelseite: AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland am
24.09.2017 auf der AfD-Wahlparty in Berlin.

2. Auflage, 2019

Die **Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin** ist ein Projekt des „Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.“ (VDK) und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie.Vielfalt.Respekt. In Berlin – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Das **Kulturbüro Sachsen e.V.** ist in Sachsen als Beratungs- und Bildungsträger seit 2001 etabliert und wird durch das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ des Staatsministeriums für Integration, Gleichstellung und Verbraucherschutz, durch das Landesjugendamt, das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie diverse Stiftungen gefördert.

Der **Bundesverband Mobile Beratung e.V.** wurde im Jahr 2014 als Dach- und Fachverband der Mobilien Beratungsteams aller Bundesländer gegründet und wird gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und durch die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2017 Bundesverband Mobile Beratung e.V. Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss

Die Hinweise in dieser Broschüre wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber_innen keine Gewähr.

Gender_Gap

Die Broschüre benutzt den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden

BUNDESVERBAND
MOBILE
BERATUNG 



Das Landesprogramm

Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Eine Publikation von
Bundesverband Mobile Beratung e.V.,
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)
& Kulturbüro Sachsen e.V.